

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Palästinensisches Mädchen im Balata-Flüchtlingscamp. Foto: Arna Ösp Magnúsdóttir

Wie können arabische und israelische Kinder
zueinander finden?

Eine nicht biblische Geschichte

Wir Israelis und Palästinenser leben in einem Dauerzustand von Krieg. Er hat nun mehr als 120 Jahre gedauert. Eine fünfte Generation von Israelis und Palästinensern ist in diesen Krieg hineingeboren worden, wie ihre Eltern und Lehrer. Ihre ganze psychische Einstellung ist vom Krieg von frühester Kindheit an beeinflusst worden. Jeder Tag ihres Lebens wird von den täglichen Nachrichten von Gewalt beherrscht.

Von Uri Avnery

Vor ein paar Jahren sprach ich mit einer jungen israelischen Autorin. Ich war erstaunt, dass von ihr trotz ihres Erfolges und des Lobes ihrer Rezensenten – und das in relativ jungem Alter – solche Unsicherheit ausging. Als ich sie befragte, brach sie zusammen. «Das habe ich noch nie jemandem erzählt. Meine ganze Kindheit war eine Hölle. Ich wusste nicht, dass meine beiden Eltern in Auschwitz gewesen waren. Sie sprachen nie davon. Ich wusste nur, in unsrer Familie gibt es ein schreckliches Geheimnis – es war so schrecklich, dass es mir verboten war, sogar danach zu fragen. Ich lebte in ständiger Angst, unter ständiger Drohung. Ich hatte nie ein Gefühl der Sicherheit.»

Das ist Gewalt – keine physische Gewalt, aber trotzdem Gewalt. Viele israelische Kinder haben diese Erfahrung gemacht, auch als der Staat Israel immer mächtiger geworden war und SICHERHEIT schliesslich zu einem Fetisch geworden ist.

Wir Israelis und Palästinenser leben in einem Dauerzustand von Krieg. Er

hat nun mehr als 120 Jahre gedauert. Eine fünfte Generation von Israelis und Palästinensern ist in diesen Krieg hineingeboren worden, wie ihre Eltern und Lehrer. Ihre ganze psychische Einstellung ist vom Krieg von frühester Kindheit an beeinflusst worden. Jeder Tag ihres Lebens wird von den täglichen Nachrichten von Gewalt beherrscht.

In vielen Hinsichten ist der israelische Konflikt einzigartig. Um einen komplizierten historischen Prozess in vereinfachter Weise darzustellen, war er etwa folgendermassen: Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde vielen europäischen Juden klar, dass der wachsende Nationalismus aller Völker fast immer von einem bösartigen Antisemitismus begleitet war und auf eine Katastrophe hinführte. Sie entschieden, selbst eine Nation zu werden und einen Staat für Juden zu gründen. Sie wählten Palästina, die alte Heimat ihres Volkes, um dort ihren Traum zu verwirklichen. Der Slogan hiess: «Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land.» Aber Palästina war nicht unbesiedelt. Das Volk, das dort lebte, war natürlich dagegen, dass ein ande-

res Volk von irgend woher kam und Ansprüche auf sein Land erhob.

Der Historiker Isaak Deutscher beschrieb den Konflikt wie folgt: Eine Person lebt in der oberen Etage eines Gebäudes, in dem ein Brand ausgebrochen ist. Um sich selbst zu retten, springt sie aus dem Fenster und landet auf einem zufällig Vorbeigehenden und verletzt ihn schwer. Zwischen beiden wächst eine tödliche Feindschaft. Wer ist schuld daran?

Jeder Krieg schafft Angst, Hass, Misstrauen, Vorurteile, Dämonisierung. Um so mehr, wenn ein Krieg generationenlang dauert. Jedes der beiden Völker hat eine eigene Überlieferung, ein eigenes Narrativ entwickelt. Zwischen den beiden Narrativen – dem israelischen und dem palästinensischen – gibt es nicht die geringste Ähnlichkeit. Was ein israelisches Kind und ein palästinensisches Kind von frühester Kindheit an über den Konflikt lernt – zu Hause, im Kindergarten, in der Schule und in den Medien – ist total verschieden.

Nehmen wir ein israelisches Kind: selbst wenn seine Eltern und Grosseltern keine Holocaust-Überlebenden sind, erfährt es, dass Juden während der ganzen Geschichte verfolgt worden sind. Es lernt tatsächlich, dass die Geschichte nichts anderes als eine endlose Reihe von Verfolgung, Inquisition und Pogromen war, die zur entsetzlichen Shoah führten.

Ich las einmal die Berichte von israelischen Schulkindern, die nach einem Besuch in Auschwitz zur Aufgabe bekamen, aufzuschreiben, welche Schlüsse sie nun ziehen würden. Etwa ein Viertel von ihnen schrieb: Meine Schlussfolgerung ist, dass nachdem, was die Deutschen uns angetan haben, wir Minderheiten und Ausländer bes-

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

28. Jahrgang
Nr. 4 – 2005
Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–

Aus dem Inhalt

Mussolinis Überfall auf Aethiopien	3
Kriegsmaterialexporte strafrechtlich relevant	4
Nestlé: Multi unter der Lupe	4
Vietnam: Spätfolgen der Chemiewaffen dauern an	5
Begegnung mit dem Jugendfreund von Che Guevara	6
Malen für Kamerun	7
Als Rosa Parks sitzen blieb	8

Weltfrauenmarsch '05 durchquerte die Schweiz

Beeindruckende Solidarität

Am 8. März startete in Brasilien die zweite internationale Karawane gegen Armut und Gewalt an Frauen: der «Marche mondiale des femmes» (MMF). Eine Charta mit Forderungen wurde während sieben Monaten durch über 50 Länder, darunter die Schweiz, getragen. Ziel ist ein Leben in Freiheit, Gleichberechtigung und Frieden.

Die Reise der Charta endete am 17. Oktober in Burkina Faso. An diesem Datum fanden weltweit um die jeweilige Mittagszeit noch einmal Veranstaltungen statt, um die Forderungen der Charta zu bekräftigen – 24 Stunden Frauensolidarität, dem Lauf der Sonne folgend. Wir haben mit Valérie Bolliger und Monika Waser gesprochen, die sich um die Basler Veranstaltungen kümmerten.

Warum habt ihr euch so stark für die MMF eingesetzt?

Valérie: Schon am MMF im Jahr 2000 habe ich mitgearbeitet. Damals war Basel (über die Gewerkschaften) beauftragt, den schweizerischen Abschlussstag zu organisieren. Die Beteiligung von Frauenorganisationen aller Richtungen war damals enorm (im Gegensatz zu 2005).

Im Anschluss bin ich mit einigen Frauen der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt (BFFF) nach Brüssel gereist um mit Tausenden von Frauen, beim europäischen Abschlussmarsch durch Brüssel,



Frauenpower zu demonstrieren. Dieses Erlebnis und mein Engagement für Menschenrechte, für die Gleichstellung sowie für die Frauenbewegung waren Beweggründe, den MMF 2005 nicht an Basel vorbei ziehen zu lassen. Ich habe mich beim schweizerischen Komitee informiert was in Basel 2005 geplant ist.

Monika: Seit dem ersten Marsch im Jahr 2000 habe ich die Bewegung

Fortsetzung Seite 2

Wo ist diese Milliarde?

Da hat nun der Bundesrat in der Öffentlichkeit eine «ungeschickte» Aussage gemacht und in der Folge verliert die Swisscom eine Milliarde Schweizer Franken an Börsenwert. Da der selbe Bundesrat die Swisscom Aktien verkaufen will, fehlt dieses Geld also nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich in der Bundeskasse. Wer diese Kasse wieder auffüllen muss dürfte allen bekannt sein. Spätestens jedoch bei der nächsten Mehrwertsteuererhöhung, die in diesem Falle eigentlich Minderwertsteuererhebung heissen müsste.

Völlig offen allerdings bleibt die Frage wo denn das Geld eigentlich geblieben ist. Verloren, heisst es! Ja wo denn? Auf der Strasse, im Zug, in der Beiz? Hat es in der Zwischenzeit jemand gefunden? Wurde es von einem ehrlichen Finder im Fundbüro abgegeben, oder hat es jemand heimlich in den eigenen Sack gesteckt? Es heisst ja, das Geld sei in der Börse verloren gegangen. Vielleicht wurde es am Abend von der Putzequipe gefunden? Wahrscheinlich nicht, dies wäre bestimmt ausgekommen. Putzleute die plötzlich mit Chauffeur und in Armanikleidung erscheinen, fallen auf. Es muss sich bei den Findern also um Leute handeln bei denen so etwas nicht auffällt.

Wir von der SFB gehören nicht zu diesen Leuten und haben an der Börse weder etwas gefunden noch etwas verloren. Deshalb sind wir, um diese Zeitung herausgeben zu können, nach wie vor auf Ihre Spende angewiesen (Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7).

Besten Dank!

Ruedi Moser, SFB-Sekretär



«Damit Frieden möglich wird, muss die ganze Mentalität verändert werden»: Aktivistinnen und Aktivisten der israelischen Friedensbewegung «Gush Shalom». Foto Frank Romero

Fortsetzung von Seite 1
ser als andere behandeln müssen. Aber drei Viertel schrieben: «Nachdem, was die Deutschen uns angetan haben, ist es unsere höchste Pflicht, die Existenz des jüdischen Volkes zu schützen, und zwar mit allen erdenklichen Mitteln, ohne Begrenzung.»

Dieses Gefühl, das ewige Opfer zu sein, besteht hartnäckig, auch nachdem wir eine mächtige Nation geworden sind. Dies steckt tief in unserm Bewusstsein. Schon im Kindergarten und dann in jedem Schuljahr erlebt ein jüdisches Kind in Israel eine Reihe jährlicher nationaler und religiöser Feiertage (zwischen beiden gibt es kaum einen Unterschied). Es sind Gedenktage, an denen Juden Opfer wurden und um ihr Leben kämpften:

Chanukka: Man erinnert sich an den Kampf der Makkabäer gegen die griechischen Unterdrücker.

Purim: Der Sieg über die Perser, die die Juden ausrotten wollten.

Pessach: die Flucht der Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei.

Der Gedenktag für die israelischen Soldaten, die in unsern vielen Kriegen gegen die Araber gefallen sind;

der Unabhängigkeitstag, unser verzweifelter Kampf ums Überleben im 1948er-Krieg, in dem unser Staat gegründet wurde;

der Holocausttag;

der 9. im Monat Av, als der Tempel zweimal zerstört wurde, einmal von den Babyloniern und fünf Jahrhunderte später von den Römern;

der Jerusalemtag, als wir im Sechstagekrieg ausser dem östlichen Teil der Stadt ganz Palästina, die Sinai-Halbinsel und die syrischen Golan Höhen eroberten.

Nur *Yom Kippur* ist ein rein religiöser Feiertag, aber in unserm Gedächtnis ist er unweigerlich mit dem schrecklichen Krieg von 1973 verknüpft.

Für jede dieser Gelegenheiten gibt es – jahrein, jahraus – besondere Unterrichtseinheiten, die ihre Bedeutung erklären und ihre Bedeutsamkeit unterstreichen. Der Höhepunkt ist der *Sederabend* am *Pessachabend*, bei dem man des Auszugs aus Ägypten gedenkt. In jeder jüdischen Familie rund um den Globus findet dieselbe Zeremonie statt. Jedes Mitglied der Familie vom Ältesten bis zum Jüngsten spielt seine Rolle, und alle fünf Sinne – sehen, hören, schmecken, riechen, fühlen – nehmen daran teil. Jeder Jude, so säkular er auch sein mag, erinnert sich an dieses hypnotisierende Geschehen in seiner Kindheit, die er jedes Jahr in der Wärme und Herzlichkeit der versammelten Familie verbracht hat.

Im Bewusstsein der Kinder vermischen sich all diese Ereignisse. Meine Frau Rachel, die viele Jahre lang Lehrerin der 1. und 2. Klasse der Grundschule war, sagte, dass die Kinder nicht verstehen, wer vor wem kam: die Römer oder die Briten, die Babylonier oder die Araber.

Der summierende Effekt davon ist eine Weltsicht, in der Juden in jeder Geschichtsphase und in jedem Land von der Vernichtung bedroht gewesen sind und um ihr Leben kämpfen mussten. Die ganze Welt ist, war und wird immer «gegen uns» sein. Gott – ob es ihn gibt oder nicht – hat uns unser Land versprochen, und niemand sonst hat ein Recht auf dieses. Das schliesst auch die palästinensischen Araber ein, die hier seit mindestens 1300 Jahren leben. Mit solch einer Gesinnung ist es schwer, Frieden zu schliessen.



Nun lassen Sie mich ein palästinensisches Kind nehmen. Was lernt es? Es lernt:

- dass es zum arabischen Volk gehört, das im Mittelalter ein ruhmvolles Reich mit einer blühenden Zivilisation hatte, während die Europäer noch Barbaren waren. Die Araber lehrten die Europäer Wissenschaften und brachten ihnen die Aufklärung;
- dass die barbarischen Kreuzfahrer ein entsetzliches Blutbad in Jerusalem anrichteten und Palästina schändeten, bis sie von dem grossen muslimischen Helden Salah-al-din (Saladin) vertrieben wurden;
- dass die Palästinenser jahrhundertlang von räuberischen Fremden gedemütigt und unterdrückt wurden – zuerst von den Türken, dann von den europäischen Kolonialherren, die die Zionisten nach Palästina brachten, um alle Hoffnungen der Araber, in den eigenen Ländern frei zu werden, zu unterdrücken;
- dass während der Nakba (Katastrophe) von 1948 das halbe palästi-



Sich spielerisch begegnen. Foto dpa/ND

nensische Volk aus seinen Häusern und seinem Land von den Zionisten vertrieben wurde und dass seit 1967 fast alle Palästinenser entweder als Flüchtlinge oder als Opfer einer endlosen und grausamen Besatzung dahinvegetieren.

Jedes palästinensische Kind wächst mit einem tiefen Gefühl von Groll und Demütigung auf und dem Gefühl, Opfer einer grossen Ungerechtigkeit zu sein, nur fähig, sein Volk allein durch gewalttätigen Kampf, Heldentum und Selbstopfer zu erlösen.

Wie kann Frieden zwischen zwei Völkern gemacht werden, deren beide Narrative derart entgegengesetzt, scheinbar unvereinbar und unversöhnlich sind?

Sicherlich nicht durch diplomatische Manöver. Diese können die Situation vorübergehend erleichtern, aber sie können selbst dem Konflikt kein Ende setzen. Die Geschichte des Oslo-Abkommens zeigt: Wenn man sich nicht mit den Wurzeln des Konfliktes, die tief in der Psyche der beiden Völker stecken, befasst, dann ist ein Abkommen nichts als ein kurzlebiger Waffenstillstand.

Frieden ist ein Geisteszustand. Die Hauptaufgabe beim Friedensmachen ist mental: man muss die beiden Völker und jedes einzelne Individuum dahin bringen, das eigene Narrativ in einem neuen Licht zu sehen und – was noch wichtiger ist – das Narrativ der anderen Seite zu verstehen. Man muss den Tatbestand verinnerlichen, dass die beiden Narrative wie die zwei Seiten ein und derselben Münze sind. Das ist vor allem ein pädagogisches Unterfangen. Als solches ist es unglaublich schwierig, weil es zuerst von den Pädagogen begriffen werden muss, die ja selbst von der einen oder anderen dieser Weltanschauungen durchdrungen sind.

Lassen Sie mich eine kleine Geschichte erzählen: Meine Frau Rachel unterrichtete in ihrer Klasse die biblische Geschichte von Abraham, wie er ein Stück Land in Hebron von Ephron, dem Besitzer, kaufte, um seine Frau Sarah dort zu beerdigen. Zuerst bot Ephron das Stück Land als Geschenk an. Und erst nach vielem Bitten nannte er einen Preis: 400 Schekel und sagte: «Was ist das zwischen dir und mir?» (Genesis 23). Rachel erklärte ihren Kindern, dass dies die Art sei, in der Beduinen in der Wüste ihre Geschäfte bis heute machen. Es wäre unhöflich und grob, gleich mit dem Preis zu kommen, man muss die Ware erst einmal als Geschenk anbieten. So wird der Handel höflich und das Leben zivilisierter. Während der Pause fragte Rachel ihre Kollegin von der Parallelklasse, wie sie ihrer Klasse das biblische Kapitel erklärt habe. «Ganz einfach!», antwortete diese, «dies ist ein typisches Beispiel für arabische Heuchelei. Man kann ihnen kein Wort glauben. Sie bieten dir ein Geschenk an, und dann verlangen sie einen hohen Preis!»

Damit Frieden möglich wird, muss die ganze Mentalität verändert werden. Das ist es, was meine Freunde und ich im israelischen Friedensblock Gush Shalom versuchen zu tun. Haben wir eine Chance?

Als ich neun Jahre alt war und im Vor-Hitler-Hannover lebte, erzählte die Lehrerin vom Denkmal des Hermanns des Cheruskers im Teutoburger Wald: «Hermann steht mit dem Gesicht zum Erzfeind», sagte sie und fragte: «Wer ist unser Erzfeind?» Die Kinder antworteten wie aus einem Munde: «Frankreich! Frankreich!»

Heute nach einem Krieg, der Jahrhunderte dauerte, sind Deutschland und Frankreich nicht nur Verbündete, sondern Partner in dem wunderbaren Unternehmen eines Vereinigten Europa. Wenn dies dort geschehen konnte – dann ist Frieden überall möglich.

Aus dem Englischen: Ellen Rohlf's. Mit freundlicher Genehmigung aus «Neues Deutschland»

Fortsetzung von Seite 1
interessiert verfolgt und mich sehr erfreut, dass dieses Jahr wieder etwas läuft. Die BFFF ist ja auch Mitglied der Nationalen Koordination. Leider konnte ich aus persönlichen Gründen erst im April mit den Vorbereitungen beginnen. Zum Glück hatte sich Valérie bereits unabhängig von uns eingeschaltet.

Was hat Euch am meisten gefreut und beeindruckt?

Valérie: Dass es möglich ist, weltweit eine solidarische Kampagne durchzuführen ohne sich zu kennen. Ich konnte ein Gemeinschaftsgefühl spüren, weil alle beteiligten Frauen sich für das gleiche Ziel einsetzten.

Grosse Freude bereiteten die jungen Sängerinnen aus Gelterkinden die sich «Minikacyd Albius» nennen. Sie haben unseren Anlass spontan bereichert.

Monika: Nach dem Start der Schweizer Etappe in Basel bin ich am Sonntag, nach Neuchatel gefahren, wo das Patchwork, unser «Stoff der Solidarität» aus Bulgarien überbracht wurde. Diese Stoffstücke, diese Vielfalt an Kreativität, an Träumen und Visionen in Natura zu sehen und zu berühren war für mich unheimlich bewegend.

Beeindruckend fand ich auch die Idee des Abschlusstages am 17. Oktober, 24 Stunden Frauensolidarität rund um die Welt.

Seit unserem Aufruf Anfangs Oktober, das Journalismusstudium einer Frau aus Burkina Faso zu unterstützen sind bereits über 1000.– Franken eingegangen.

Gab es auch Situationen oder Begebenheiten, die euch geärgert oder empört haben?

Valérie: Die Beachtung oder vielmehr die Nichtbeachtung unserer Ak-



Aufmerksame Zuhörerinnen am Basler Tag des Frauenmarsches 2005. Foto zvg.

tionen und Anliegen in der Presse machen mich sehr wütend. Es scheint, dass die «Basler Zeitung» nicht erfasst hat, dass die Basler Bevölkerung (und nicht nur die) aus mehr als 50% Frauen besteht. Mit keiner Zeile wurden unsere Aktionen, die ja weltweite Anliegen vertraten, erwähnt. Für die Pressekonferenz habe ich 25–30 Medienadressen angeschrieben. Nur zwei haben Interesse gezeigt. Die «Basellandschaftliche Zeitung» (bz) hat zweimal berichtet.

Erneut wurde mir bei dieser Arbeit bewusst, wie ungerecht die Mittel auf der Welt verteilt sind. Die Rüstungsprogramme zu eventuellen und laufenden Kriegen (gegen die Bevölkerung) kostet weltweit soviel, dass bereits die Hälfte dieser Ausgaben reichen würde, dringend anstehende Probleme wie z.B. Hunger lösen zu können.

Monika: Ich hätte mir gewünscht, dass mehr Frauen und Männer an die Anlässe gekommen wären. Auch ist es mir unverständlich, dass viele Länder in der weltweiten Stafette nicht vertreten waren, so zum Beispiel Deutschland oder China.

Sehr nachdenklich stimmt mich, dass unsere Forderungen seit Jahrzehnten die Gleichen bleiben und sich

die Situation für Frauen auf der ganzen Welt wieder verschlimmert hat, anstelle sich zu verbessern.

Wie habt ihr die schweizerische Zusammenarbeit erlebt? Was hat euch die nationale Koordination gebracht?

Valérie: Durch diese Zusammenarbeit habe ich tolle Frauen kennen gelernt und viele neue Ideen aufgenommen. Das grosse Engagement der Künstlerin Monica aus Neuenburg hat den kreativen Rahmen sehr stark geprägt. Sie entwarf im Vorfeld Karten, einen Ansteckknopf und den schweizerischen Beitrag an das Welt-Patchwork.

Die Schweizer Karawane hat profitiert von ihren Dekorationen wie z.B. den drei Meter grossen Stabpuppen, Sonnenschirme die sehr originell mit Leitern aufgestellt werden konnten. Sie begleitete vier Tage mit der Chauffeuse des Lastwagen die Karawane durch die Schweiz.

Das heisst, dass viel Eigeninitiative erforderlich war um überhaupt etwas zustande zu bringen. Wenn nicht viele Bienen auf ein Ziel hin arbeiten, gibt es keinen Honig. Insgesamt gesehen haben die Schweizerinnen viel gute Arbeit geleistet und ein Ergebnis erzielt, dass sich sehen lassen kann.

Monika: Auch hatten wir Gelegenheit, viele neue Ideen zu hören, die wir vielleicht auch einmal umsetzen können. So haben zum Beispiel die Luzernerinnen am 17. Oktober heisse Kartoffeln verteilt, die eine wichtiger Forderung symbolisieren, und somit nicht fallengelassen werden dürfen.

Es war schon sehr toll, dass wir den Rahmen der schweizerischen Koordination gebrauchen konnten, aber der Termin, der uns vorgegeben wurde, die Karawane an einem Freitagmorgen zu eröffnen, hat uns Probleme zur Umsetzung gemacht. Trotzdem haben

wir eine lebhaft, interessante Kundgebung auf die Beine gestellt.

Freude auf 2010

Valérie: Bei jedem Engagement lernt frau auch immer dazu. Wer wusste denn vorher wo Quagadougou liegt. Durch die Internationalität des Anlasses musste ich meine Sprachkenntnisse ausgraben. Auch der Gebrauch der elektronischen Mittel ist unerlässlich geworden.

Monika: Ja, was ich im 2000 noch nicht geschafft habe, mich im Internet zu informieren, hat mir diesmal soviel Spass gemacht, dass ich fast jeden Tag, die Route des Weltfrauenmarsches verfolgte und mit dem Material eine Ausstellung gestaltete habe.

Wir haben an der Abschlussstzung in Bern auch mitbekommen, dass viele Frauen und Organisationen mit ihrem Engagement an ihre Grenzen gestossen sind. Deshalb ist es gut, dass diese grosse Aktion nur alle fünf Jahre stattfindet. Denn diese Aktionen sollen uns motivieren weiterzumachen, deshalb freuen wir uns schon aufs 2010.

Weitere Infos zu den weltweiten Aktionen rund um den Frauenmarsch auf der Webseite www.marchemondiale.org



Nach der Niederlage der italienischen Truppen vom 27. November 1941: Kaiser Haile Selassie inspiziert auf einem englischen Panzer die befreiten Gebiete.

Der Vergessenheit entrissen

Mussolinis Überfall auf Äthiopien

Wenn die USA andere Staaten und Völker überfallen wie 2003 den Irak, finden sie in Europa zumindest dadurch Unterstützung, als keine Regierung den erlogenen Kriegsvorwänden offen widerspricht und keine den «Militäreinsatz» – oder wie die Verharmlosungen sonst noch lauten mögen – als das charakterisiert, was er ist: eine völkerrechtswidrige Aggression, ein in Nürnberg geächteter Präventivkrieg. Die Beschwichtigung der Öffentlichkeit ist die Unterstützung, die der Aggressor vor allem braucht. Niemand scheint sich mehr daran zu erinnern, wie eine solche Beschwichtigungspolitik einst in den Abgrund des Zweiten Weltkrieges geführt hat.

Von Gerhard Feldbauer

Erinnern wir uns der Ereignisse vor 70 Jahren. Hitlerdeutschland führte die allgemeine Wehrpflicht ein und holte die Saar «heim ins Reich». Grossbritannien schloss mit dem «dritten Reich» einen Flottenvertrag. Mussolini überfiel Äthiopien. Im Dezember 1934 hatte Italien auf äthiopischem Gebiet bei Ual Ual (Ogaden) einen schweren Grenzzwischenfall provoziert, um einen Vorwand für den späteren Überfall zu schaffen. Während sich Mussolini demagogisch für eine friedliche Lösung aussprach, befahl er bereits am 30. Dezember, den Krieg vorzubereiten, dessen Ziel «die vollständige Eroberung Äthiopiens sein» werde. Mit Äthiopien wollte der «Duce» zunächst sein ostafrikanisches Kolonialreich vollenden, um dann «die Kolonialkarte Afrikas zu ändern und damit die Frage der Neuaufteilung der Welt praktisch zu stellen.»

In einem Geheimvertrag mit Mussolini gab der französische Aussenminister Pierre Laval am 7. Januar 1935 in Rom grünes Licht für die Annexion – als Gegenleistung für die italienische Unterstützung der Pariser Mittelmeerpolitik. London, das um seine angrenzenden Kolonien Kenia und Uganda sowie den anglo-ägyptischen Sudan fürchtete, beruhigte der «Duce», «seine Interessen in Ostafrika (würden) nicht beeinträchtigt», was ihm die britische Duldung seiner Kriegspläne einbrachte. Bereits im Februar begann die Verschiffung der 400'000 Mann starken Kolonialarmee nach Eritrea und Somalia.

Bei einem Treffen Mussolinis mit den Regierungschefs Frankreichs und Grossbritanniens im April im norditalienischen Stresa wurde die Verlet-

zung des Versailler Vertrages durch Deutschland erörtert, die «Äthiopienfrage» jedoch mit keinem Wort erwähnt. Es begann die Politik des «Appeasement», der «Beschwichtigung», mit der die Öffentlichkeit über die Aggressionsabsichten Mussolinis hinweggetäuscht wurde. Dem «Appeasement», das später im Münchener Abkommen seinen Höhepunkt erreichte, diente auch ein am 15. August von Paris und London unterbreiteter Vorschlag, gemeinsam mit Rom über Äthiopien ein Protektorat zu verhängen. Mussolini lehnte ab. Trotz der offensichtlichen italienischen Kriegsvorbereitung waren Laval und der britische Aussenminister Samuel Hoare bei einer Zusammenkunft am 10. September nicht bereit, militärische Massnahmen zur Sicherung der äthiopischen Unabhängigkeit zu vereinbaren.

Zuerst das Geschäft...

Der «Duce» nährte weiter die Illusion, er könnte zu einer «friedlichen Lösung» bewegt werden. Noch am 18. September erklärte er, Italien werde alles Mögliche tun, um einen Konflikt zu vermeiden. Am 2. Oktober liess er die Maske fallen und kündigte den Eroberungsfeldzug an. Am nächsten Tag überschritten die italienischen Truppen ohne Kriegserklärung die Grenze. Der von Paris und London beherrschte Völkerbund verurteilte zwar am 7. Oktober Italien als Aggressor, verhängte jedoch nur weitgehend wirkungslose Sanktionen und überliess Äthiopien seinem Schicksal. Vom Embargo war das für Luftwaffe und Panzer entscheidende Erdöl ausgenommen. Deutschland erklärte sich formell neutral und interpretierte die italienische Aggression als einen «Rassenkonflikt» und «gerechten

Kampf». Mit seiner Rechtfertigung bereitete Hitler das Bündnis mit Italien in Gestalt der späteren «Achse Berlin-Rom» vor. Washington, das dem Völkerbund nicht angehörte, brach die Beziehungen zu Rom nicht ab. Hatte Italien 1934 aus den USA für 447'000 \$ Erdöl bezogen, so stieg der Import bis Ende 1935 auf 1'252'000 \$. Für 451'000 \$ bezog Rom über seine Afrika-Kolonien Erdöl. Für wirksame Sanktionen trat nur die UdSSR ein, die forderte, jegliche Zufuhr von Erdöl nach Italien und zu dem Kriegsschauplatz zu unterbinden, dazu auch die Durchfahrt durch den Suezkanal zu sperren. Der Völkerbund ignorierte die Anträge. Trotz des begangenen Völkermords und des anhaltenden barbarischen Kolonialterror wurden die Sanktionen bereits am 16. Juli 1936 aufgehoben.

Entgegenkommen aus Paris und London

Die italienischen Kommunisten und Sozialisten, die 1934 ein Aktions-einheitsabkommen geschlossen hatten, riefen nach Brüssel einen «Kongress der Italiener im Ausland» ein, der am 13. Oktober die sofortige Einstellung der Aggression forderte. Es gab jedoch in Italien noch keinen Widerhall. Der Eroberungskrieg diente im Gegenteil, wie Togliatti auf dem VII. Komintern-Kongress im Juli/August 1935 vorausgesagt hatte, der «Festigung der Grundlagen der Diktatur».

London und Paris kamen dem Aggressor weiter entgegen. Am 11. Dezember unterbreiteten Laval und Hoare einen «Plan zur Lösung der Äthiopienfrage», nach dem Italien grosse äthiopische Gebiete von Ogaden und Danakil sowie von Teilen der Provinz Tigre, darunter Adua, überlassen werden sollten. Äthiopien wurde dafür der Hafen Asab und ein schmaler Zugang zu ihm versprochen. Äthiopien lehnte ab, der Eroberung des Landes auf Raten zuzustimmen. Mussolini wies die «diplomatische Lösung» zurück. Internationale Proteste, die den Schacher mit dem Aggressor verurteilten, zwangen Laval und Hoare, den Plan zurück zu ziehen. Hoare musste zurücktreten.

Äthiopien war ein für afrikanische Verhältnisse entwickelter Staat, der über eine Armee von 550'000 Mann verfügte, welche die italienische Offensive trotz der grossen Überlegenheit an Flugzeugen, schwerer Artillerie und Panzern sowie massiver Luftangriffe auf Städte und Dörfer zum

Stehen brachte. Die Äthiopier gingen sogar zu Gegenangriffen über. Der «Duce» liess darauf hin im Februar 1936 über den äthiopischen Stellungen 350 Tonnen Yperit abwerfen. Die etwa 275'000 Toten auf äthiopischer Seite fielen vor allem dem Giftgas zum Opfer. Der Kolonialarmee gelang danach der Durchbruch. Am 5. Mai 1936 zog sie in Addis Abeba ein. Zwei Tage vorher war Kaiser Selassie nach London abgeflogen.

Rom schloss Äthiopien mit Eritrea und Somaliland zur Kolonie Italienisch Ostafrika zusammen. Vittorio Emanuele III. setzte sich die äthiopische Kaiserkrone auf und der römische Klerus feierte Mussolini als «einen wunderbaren Duce, der das Kreuz Christi in alle Welt trägt.» Pius XI. zwang den Äthiopiern auf den Trümmern der koptischen Kirche eine ihnen fremde Religion auf.

Verdrängte Grausamkeiten

Für das Kapital waren reiche Rohstoffquellen erobert worden: Eisen, Kupfer, Mangan, Schwefel, Nickel, Platin und Gold. Einige Zehntausend arbeitslose Italiener fanden für einige Jahre Arbeit in der eroberten Kolonie. Während für unzählige Äthiopier ein Hungerdasein begann, transportierten Frachter das Getreide des Landes nach Italien. Es gelang jedoch nicht, Äthiopien völlig zu unterwerfen. Die Stämme unter Führung ihrer Ras (Fürsten) aber auch selbständige Partisanenabteilungen, die sich vor allem aus früheren Soldaten und Offizieren zusammen setzten, kontrollierten die schwer zugänglichen Bergregionen und Wüstengebiete. Um den Widerstand zu zerschlagen, führten Abteilungen der Schwarzhemden «Strafexpeditionen» durch. Ein Augenzeuge schrieb: In Addis Abeba liefen Italiener in «echter SA-Manier ... mit Knüppeln und Eisenstangen bewaffnet ... umher und erschlugen die Einheimischen, die sich noch auf der Strasse befanden. ... Nach kurzer Zeit waren die Strassen von Toten übersät. ... Man muss nicht erwähnen, dass das Gemetzel sich gegen unwissende und unschuldige Menschen richtete.»

Nach der Einnahme der Hauptstadt hatte Mussolini befohlen, jeden bewaffneten Äthiopier sofort zu erschiessen und ebenso mit gefangenen Rebellen zu verfahren. Gegen den äthiopischen Widerstand wurde ein weiteres Mal Giftgas eingesetzt. Nach einem gegen sich erfolglosen Attentat befahl der Generalgouverneur der Kolonie, Marschall Graziani, am 19. Februar 1937 ein Massaker, dem allein in der Hauptstadt 30'000 Menschen zum Opfer fielen. Er ordnete an, die äthiopische Intelligenz als einen Oppositionsherd zu liquidieren. Unzählige christlich-koptische Geistliche und alle Kadetten der Militärakademie von Addis Abeba wurden umgebracht. Nur auf den Verdacht hin, dass sie an dem Attentat beteiligt gewesen sein könnten, wurden nahezu 300 Ordensbrüder des Klosters Debra

Libanos erschossen. Unzählige Äthiopier sperrte das Kolonialregime in Konzentrationslager, wo die meisten elendiglich zu Grunde gingen.

Grünes Licht für die Politik der Einmischung

Bis heute gehört die Aggression gegen Äthiopien zu den Themen unbewältigter schwarzer Vergangenheit in der italienischen Nachkriegsgeschichtsschreibung. Eine Ausnahme bilden die zahlreichen Arbeiten Angelo Del Bocas, der mit seiner 1965 erschienenen ersten Untersuchung «La Guerra d'Abissinia 1935-1941» Massstäbe setzte, die jedoch weitgehend unbeachtet blieben. Die Tatsache, dass diese grossen Verbrechen ungestraft blieben, habe «bei der Mehrzahl der Italiener eine völlig unscharfe und verzerrte Vorstellung von den Geschehnissen in Afrika erzeugt», schrieb Del Boca.

Auf dem Weg zum Münchener Abkommen und weiter in den Abgrund des Zweiten Weltkrieges stellte der Krieg in Afrika einen Markstein dar. Hitler war die Haltung Frankreichs und Grossbritanniens Beweis, dass diese nicht gewillt waren, den Status quo zu verteidigen. Es sah sich bestärkt, im März 1936 in das entmilitarisierte Rheinland einzumarschieren und zwei Jahre darauf Österreich zu besetzen; London und Paris blieben auch bei der deutschen und italienischen Einmischung in den spanischen Bürgerkrieg passiv.

Ausführlich zu den italienischen Kolonialaggressionen siehe G. Feldbauer, Marsch auf Rom, PapyRossa Verlag, Köln 2002.

In Kürze

Bush unterschlug Bericht

US-Präsident Bush hat, wie das US-Magazin «National Journal» schreibt, bereits zehn Tage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 aus einem Geheimdienstbericht erfahren, dass es keinerlei Beweise für eine Entwicklung des damaligen irakischen Staatschefs Saddam Hussein gebe. Bush sei während einer Lagebesprechung auch mitgeteilt worden, dass kaum glaubwürdige Informationen über eine Zusammenarbeit des Saddam-Regimes mit dem Terrornetz Al Qaida existierten. Danach soll Saddam die Organisation sogar als Gefahr für sein säkulares Regime angesehen und eine Unterwanderung des Netzwerkes mit irakischen Geheimdienstmitgliedern erwogen haben. Trotz der Geheimdienstberichte habe Bush in einer Rede am 25. September 2002 gesagt, dass man nicht zwischen Saddam und Al Qaida unterscheiden könne, wenn man über den Krieg gegen den Terrorismus spreche.

SFB-SEKRETARIAT-SFB-SEKRETARIAT-SFB

Öffnungszeiten:
jeden Dienstag + Donnerstag 14.00-17.00
Telefon 061 681 03 63

In der 2. Hälfte Januar demontieren wir einen Teil unserer alten Büroeinrichtung und suchen noch handwerklich begabte Helfer.

Welcher Elektriker hilft uns bei der Neuinstallation von Licht und Telefon?

Für unsere Friedens-Bibliothek nehmen wir immer noch gerne Bücher entgegen.

Riehentorstrasse 27/29, 4058 Basel

SFB-SEKRETARIAT-SFB-SEKRETARIAT-SFB

Kriegsmaterialexporte strafrechtlich relevant

Gehilfen der Mordbuben?

Der Bundesrat lässt Kriegsmaterialexporte in den Irak, nach Pakistan und Indien «grundsätzlich überprüfen». Grund: parlamentarischer Druck. Theoretisch könnten Exporteure gar wegen Gehilfenschaft zu Völkermord oder vorsätzlicher Tötung strafrechtlich verfolgt werden.

Von Reto Locher

Der Export von militärischen Gütern aus der Schweiz floriert. Zwischen 1975 und 2004 betrug der Wert der Ausfuhren 10,85 Milliarden Franken. Die Empfänger verteilen sich auf die ganze Welt. Im Jahr 2004 war etwa das südafrikanische Land Botswana

nicht widersprechen. Die einzelnen Bewilligungskriterien sind festgehalten in der Kriegsmaterialverordnung² (KMV). Nach Art. 5 KMV sind unter anderem die Situation der Menschenrechte im Bestimmungsland oder die Bestrebungen der Schweiz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort zu berücksichtigen.



Bombengeschäfte. Foto Archiv

nach Deutschland der zweitgrösste Abnehmer einheimischen Kriegsmaterials. Hauptlieferant war das Kreuzlinger Unternehmen Mowag GmbH, seit 2003 Teil der amerikanischen General Dynamics Cooperation, dem weltweit grössten Rüstungskonzern. Exportiert wurden «geländegängige, gepanzerte Radfahrzeuge aus der Piranha-Familie». Die Bewilligung erteilte der Bundesrat problemlos.

Ein guter Kunde von schweizerischem Kriegsmaterial sind die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Am 29. Juni 2005 bewilligte der Bundesrat die Ausfuhr von 180 Schützenpanzern M113. Kein Einzelfall. Beträgt der Totalwert der Kriegsmateriallieferungen in die VAE zwischen 1975 und 2005 doch über 521 Millionen Franken. Die VAE wollten diese Panzer jedoch nicht für sich selbst, sondern als Geschenk für die irakische Regierung.

Ebenfalls um Schützenpanzer ging es bei zwei anderen aktuellen Transaktionen: Für 40 Millionen Franken wollte die Schweizer Armee Panzer nach Pakistan liefern. Gleichzeitig beabsichtigte die Firma Oerlikon Contraves – heute im Besitz der deutschen Rheinmetall – ins Nachbarland Lizenzen für den Bau von Fliegerabwehrkanonen zu vergeben.

Mehrere Nationalräte, darunter Josef Lang, Mitglied der Sozialistisch Grüne-Alternative, fanden diese geplanten Lieferungen «menschenrechtlich und friedenspolitisch alarmierend». Lang wollte wissen, ob die Exporte gesetzeskonform sind. Ergebnis der Anfrage: Der Bundesrat erliess – anders als in früheren Jahren – einen vorläufigen Exportstopp. Die Landesregierung erklärte sich bereit, das Verfahren zur Genehmigung solcher Geschäfte «grundsätzlich zu überprüfen».

Der für die Bewilligung von Auslandsgeschäften massgebende Artikel 22 des Kriegsmaterialgesetzes¹ KMG besagt, dass die Herstellung, Vermittlung, Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial für Empfänger im Ausland bewilligt werden, wenn diese dem Völkerrecht, den internationalen Verpflichtungen und den Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik

Rüstungsproduktion in der Schweiz erwünscht

Es stellt sich die Frage, wie diese Kriterien in der Praxis zu handhaben sind. Wie der Botschaft zum KMG³ aus dem Jahre 1995 zu entnehmen ist, will der Gesetzgeber, um die eigene Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten zu können, «eine eigene Rüstungsproduktion unterhalten und Rüstungsgüter mit ausländischen Herstellern austauschen». Sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Aspekte gehen Hand in Hand. Die Schweiz soll über ein KMG verfügen, das «die Zusammenarbeit mit jenen Handelspartnern» fördert, «die unsere Wertvorstellungen teilen». Deutlicher als unter dem alten Kriegsmaterialgesetz (aKMG) will der Gesetzgeber zudem «die aussenpolitische Komponente der Entscheide hervorheben».

Exportentscheide rein juristisch nicht begründbar Bewilligungen für Kriegsmaterialexporte sind unter dem aktuellen KMG in erster Linie politische Entscheide, bei denen aussenpolitische und wirtschaftliche Interessen abzuwägen sind und keine rein juristischen Tatbestandssubsumtionen unter auslegungsbefürtigte juristische Begriffe wie nach dem aKMG.

Der Bundesrat hat eine «politische Gesamtbeurteilung der Verhältnisse im Empfängerstaat und der dortigen Regionen vorzunehmen». Art. 5 lit. a KMV erlaubt ihm zum Beispiel die Lieferung von Kriegsmaterial an Blauhelm-Truppen im Rahmen von internationalen friedensfördernden Operationen, allerdings nur unter Berücksichtigung der Vereinbarung mit der Neutralität, verstanden als «Nichtbeteiligung an einem bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten».⁴ Es geht «um das Recht des Neutralen, durch den Konflikt unbehelligt zu bleiben sowie um dessen Pflicht zur Unparteilichkeit und Nichtteilnahme». In Betracht kommen nur zwischenstaatliche Konflikte. Nicht anwendbar ist das Neutralitätsrecht in internen Konflikten wie etwa Bürgerkriege, oder wenn «die Vereinten Nationen zur Wahrung des internationa-

len Friedens und der Sicherheit gegen einen Rechtsbrecher mit Zwangsmassnahmen vorgehen».

Im eingangs erwähnten Fall des Exportes gepanzerter Mannschaftswagen in die VAE begründete der Bundesrat die Lieferung unter anderem mit dem Hinweis auf die Aufforderung des UN-Sicherheitsrates (Resolution Nr. 1546 vom 8. Juni 2004), die irakische Regierung beim Aufbau eigener Polizei-, Grenz- und Objektschutzdienste zu unterstützen. Eine Trennung der irakischen Sicherheitskräfte in zivile und militärische Einheiten ist jedoch wegen der katastrophalen Sicherheitslage und der momentanen Verhältnisse nicht möglich.

Auch die Menschenrechtslage im Irak beibt trotz Kriegsende äusserst prekär. Zwar geht es dabei wohl eher um bürgerkriegsähnliche Zustände, bei denen das Neutralitätsrecht keine Anwendung findet. Ob sich das Vorgehen der (ehemaligen) Besatzungsmächte (die im Irak militärisch de facto nach wie vor das Sagen haben) in Bezug auf die Menschenrechte jedoch mit Schweizer Recht (Art. 5 lit. b KMV) verträgt, ist fraglich. Schliesslich hat die Schweiz seit 1938 kein Kriegsmaterial mehr in den Irak exportiert. Und es ist nicht einzusehen, was eine Praxisänderung in der derzeitigen Situation rechtfertigen könnte.

Ebenso fragwürdig ist die Exportbewilligung für Haubitzen in die VAE. Das Land sicherte der Schweiz im Jahr 2004 zwar in einem Endverbraucherzertifikat zu, das Kriegsmaterial nicht weiter zu exportieren. Plötzlich tauchte das Material dann

aber in Marokko auf, wohin die Schweiz traditionell keine Exportbewilligungen erteilt.

Es stellt sich die Frage, ob und wie der Bundesrat überprüfte, dass die VAE tatsächlich die Endverbraucher des Kriegsmaterials sind. Wurde der bestimmungsgemässe Gebrauch des Materials nur ex ante aufgrund einer Analyse der entsprechenden Dokumente überprüft, oder liess der Bundesrat zum Beispiel Nachforschungen vor Ort durchführen? Wurden die entsprechenden Zusicherungen durch eine (untergeordnete) Verwaltungsstelle ausgestellt oder stand die Regierung der VAE selbst dafür ein?

Exporte nach Indien und Pakistan seit 1998 sistiert

Ähnlich liegt der Fall bei der Bewilligungserteilung für die Schützenpanzer nach Pakistan und die Vergabe von Lizenzen für den Bau von Fliegerabwehrkanonen an Indien. In diese beiden Länder war der Export von Kriegsmaterial seit 1998 nicht mehr erlaubt, da beide Staaten Atomversuche durchführten und auch heute noch über solche Waffen verfügen dürften. Warum Kriegsmaterialexporte in diese Länder 2005 plötzlich möglich sein sollten, ist nicht ersichtlich.

Bisher kaum Thema waren mögliche rechtliche Konsequenzen für Schweizerische Kriegsmaterialexporteur. Können Verstösse gegen das KMG für sie strafrechtliche Folgen haben? Massgebend sind in erster Linie die verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen des KMG (Art. 33ff.). Denkbar wäre auch eine strafrechtliche Verfolgung wegen Verstosses gegen das gemeine Strafrecht: zum Beispiel wegen Verbrechen wie Völkermord, vorsätzlicher Tötung, schwerer Körperverletzung oder schwerer Sachbeschädigung. Könnte einem

Kriegsmaterialexporteur nachgewiesen werden, dass er aufgrund seiner Kenntnisse des künftigen Gebrauchs des Kriegsmaterials (zumindest) in Kauf nahm, dass damit vorsätzlich getötet wird, hätte er sich der Gehilfenschaft zu verantworten. Gemäss dem aktiven Personalitätsprinzip ist auf Schweizer, die im Ausland eine strafbare Handlung begehen und die sich dort befinden, Schweizer Strafrecht anwendbar. Bei den erwähnten strafbaren Handlungen geht es durchwegs um solche, für die das schweizerische Recht die Auslieferung zulässt und die auch am Begehungsort strafbar sind.⁵

Wer rechtswidrig Kriegsmaterial exportiert, hat drastische verwaltungs- und theoretisch auch gemein-strafrechtliche Konsequenzen zu erwarten. Dadurch wird die Tragweite der Bewilligungspraxis im Bereich des Kriegsmaterialrechts zusätzlich verstärkt.

(Mit freundlicher Genehmigung des Autors aus «plädoyer» 5/05)

Anmerkungen:
1) Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vorn 13. Dezember 1996, SR 514.51.
2) Verordnung über das Kriegsmaterial vom 25. Februar 1998, SR 514.511.
3) Botschaft des Bundesrates vom 15. Februar 1995 zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» und zur Revision des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial, BBI 1995 1027 ff.
4) www.eda.admin.ch/sub_dipl/g/home/thema/intlaw/neutral.html.
5) Siehe «Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von schweizerischen Kriegsmaterialexporteur», Lizenziatsarbeit, eingereicht von Reto Locher am Institut für Strafrecht und Kriminologie an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern bei Professor G. Jenny im Jahr 2000.

Nestlé: «Grenze des Tolerierbaren überschritten»

Multi unter der Lupe

Ende Oktober 2005 nahmen über 200 TeilnehmerInnen und VertreterInnen diverser Organisationen im Kornhausforum in Bern die Politik des Multis Nestlé unter die Lupe. Organisiert hatte die Veranstaltung der Verein Multiwatch; eine Organisation, die aus Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Hilfswerken, politischen Parteien, kirchlichen Gruppierungen und Vertretern der globalisierungskritischen Bewegung besteht.

Am 29. Oktober 2005, fand zunächst eine öffentliche Anhörung zur Politik des Nestlé-Konzerns in Kolumbien statt. Bei diesem Meinungstribunal haben Vertreter der kolumbianischen Gewerkschaft Sinaltrainal vier besonders schwerwiegende Vorfälle öffentlich angeklagt, die in den Fabriken von Nestlé in Kolumbien geschehen sind. Fünf kolumbianische Zeugen und Experten waren persönlich anwesend, zusätzlich wurden vier Zeugenaussagen per Video präsentiert und eine Live-Videoschaltung nach Kolumbien durchgeführt.

Folgende konkrete Fälle wurden behandelt: die Vernichtung der Gewerkschaftssektion in der Nestlé-Milchpulverfabrik Cicolac, die Neuverpackung und Umetikettierung von abgelaufenen Milchprodukten sowie Todesfälle und Menschenrechtsverletzungen an Gewerkschaftsführern der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal. Im letztgenannten Fall ging es um vermutlich durch paramilitärische Gruppen begangene Gewalttaten, die sich im Kontext von Arbeitskonflikten in Nestlé-Fabriken ereignet hatten. Nestlé wurde an die Anhörung eingeladen, hatte eine Teilnahme jedoch abgelehnt.

Dem fünfköpfigen Rat, der aus dem brasilianischen Bischof Tomás Balduino, der Philosophin Carola Meier-Seethaler, der grünen Nationalrätin Anne-Catherine Menétray-Savary,

dem Genfer Anwalt Rudolf Schaller und dem SP-Nationalrat Carlo Sommaruga bestand, wurden Hunderte von Seiten Beweismaterial überreicht.

Der Rat hat die Zeugen angehört, befragt und die vorgestellten Fälle bezüglich der Glaubwürdigkeit der Aussagen und der Dokumente beurteilt. Grundlagen für seine Stellungnahme waren neben ethisch-moralischen Kriterien, u.a. die internationale Menschenrechtskonvention der UNO, die Gewerkschaftsrechte des Internationalen Arbeitsamts sowie die deklarierten Unternehmensgrundsätze von Nestlé.

Nach eingehender Beratung hat der Rat eine Deklaration verabschiedet, in der er u.a. zu folgender Schlussfolgerung kam: «Der Rat kann das Vorgehen von Nestlé in Kolumbien nur verurteilen. Er ist der Überzeugung, dass dieses für ein multinationales Unternehmen, das sich seines guten Rufes und des Vertrauens seiner Kunden rühmt, unannehmbar ist. Sei es durch seine Versäumnisse im Blick auf die Qualität der Produkte oder auf den Umweltschutz, sei es durch seine Zerstörungspolitik hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, durch seine unerbittliche Feindseligkeit gegenüber der Gewerkschaft oder durch seine wirtschaftspolitisch aggressiven Methoden, überschreitet Nestlé die Grenzen des Tolerierbaren. ... Wir sind zutiefst besorgt darüber, dass die

Rechte und das Leben der Gewerkschafter, die als Zeugen nach Bern gekommen sind, bei ihrer Rückkehr nach Kolumbien bedroht sind. Wir stellen abschliessend fest, dass die sich in Kolumbien ereigneten Probleme auch die Schweizer betreffen, die ebenfalls unter der Globalisierung und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen leiden müssen. Auch wenn die Konsequenzen in unseren Breitengraden im Allgemeinen schwächer sind, sollte die Zivilgesellschaft diese Entwicklung zum Anlass nehmen, sich solidarischer in der Verteidigung der Arbeitsrechte weltweit zu engagieren.»

Die Deklaration des Rates wurde im Anschluss einer dreiköpfigen Delegation des Tribunal Permanent des Peuples (TPP) übergeben, eines seit 1979 etablierten Meinungstribunals, das sich mit Menschen- und Völkerrechtsverstössen befasst. Die Delegation des TPP hat die Anhörung als Beobachterin begleitet. Von 2006 bis 2007 wird das TPP mehrere Tribunal-Sessionen zu Menschenrechtsverletzungen von multinationalen Konzernen in Kolumbien durchführen. Multiwatch hat das TPP angefragt, die in Bern behandelten Fälle in diese Tribunale zu integrieren. In der Stellungnahme der Delegation heisst es u.a.: «Die Vertreter des TPP unterstützen voll und ganz die Schlussfolgerungen des Rates der Anhörung in Bern und heben hervor, dass die Ganzheit der an der Anhörung präsentierten Informationen die Annahme unterstützen, dass Nestlé in Kolumbien eine sozial unverantwortliche Firmenpolitik praktiziert.»

Weitere Infos: www.multiwatch.ch

Vietnam-Solidarität erneut gefordert

Spätfolgen dauern an

Kinder mit einem Mund von Ohr zu Ohr, mit drei Beinen, mit einem Zyklopen-auge mitten in der Stirn, ohne Gehirn, mit Gaumenspalten, mit schweren Herz-missbildungen – das sind noch heute die schrecklichen Folgen der 72 Millionen Liter «Entlaubungsmittel», zumeist «Agent Orange», die die US-Amerikaner gewissenlos über das Land sprühten, um dem Vietcong den Garaus zu machen.

Von Anjuska Weil

«Gerechtigkeit für die Opfer von Agent Orange in Vietnam!» – Schritt für Schritt macht diese Forderung ihren Weg. Zum ersten Mal seit dem Ende des amerikanischen Krieges in Vietnam gehen Menschen wieder auf die Strasse, nun um mit Nachdruck auf die Spätfolgen dieses Krieges aufmerksam zu machen. Am 6. November fanden in San Francisco, Stockholm, Paris, Nîmes und weiteren Städten Europas und der USA Aktivitäten statt. In Paris wurde symbolisch eine «Mauer des Friedens» errichtet.

Prof. Nguyen Trong Nhan, der ehemalige Gesundheitsminister Vietnams und spätere Präsident des vietnamesischen Roten Kreuzes, reist derzeit mit einer Gruppe von Agent Orange Opfer durch die Vereinigten Staaten. Ziel dieser Reise ist es, der Öffentlichkeit in den USA die Realität vor Augen zu führen und für die Klage der



Das Gift Agent Orange verursachte weit schlimmere Erbschäden als Contergan. Foto zvz.

Agent Orange Opfer gegen die 37 Herstellerfirmen des Giftes zu sensibilisieren. Umfragen zeigen, dass inzwischen über die Hälfte der US-Bevölkerung zur Einsicht gelangt ist, dass für die Opfer etwas getan werden müsse.

Die legendäre Mme Nguyen Thi Binh, ehemalige Aussenministerin der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams und spätere Vizepräsidentin der Sozialistischen Republik Vietnam, ist anfangs Dezember in ähnlicher Mission in Europa unterwegs. Sie trifft in Paris und London Vertreterinnen und Vertreter der Solidaritätsbewegung, um mit ihnen die weiteren Schritte in der Kampagne zu Gunsten der Opfer der Chemiewaffeneinsätze zu besprechen. Auch die Präsidentin der Vereinigung Schweiz-Vietnam (VSV) ist zum Treffen mit Madame Binh eingeladen worden.

Das Thema des Chemiewaffen-Einsatzes in Vietnam wurde in der Schweiz Ende der sechziger Jahre erstmals aufgegriffen. In der von der Centrale Sanitaire Suisse herausgegebene Broschüre «Vietnam – Dokumente über den chemisch-bakteriologischen Krieg» hatte Dr J.P. Guignard zusammen mit weiteren Ärzten in der Romandie beunruhigende Informationen zusammengetragen. In der Wahrnehmung standen damals jedoch die Bombardierungen und die blutigen Kriegsgräuere im Vordergrund, sowohl in Vietnam selbst als auch in der internationalen Berichterstattung.

Zum 25. Jahrestag der Befreiung Südvietnams, der auch das Ende des

Krieges brachte, gestalteten der Autor Peter Jaeggi und der Fotograf Roland Schmid im Auftrag verschiedener Schweizer Hilfswerke unter dem Titel «Als mein Kind geboren wurde, war ich sehr traurig», die eindrückliche Ausstellung zu den Spätfolgen der Chemiewaffeneinsätze, deren Vernissage in Basel auf breites Medienecho stiess. Später wurde die Ausstellung durch die Vereinigung Schweiz-Vietnam in mehreren weiteren Städten gezeigt und dabei auch in die Romandie gebracht. Das gleichnamige Buch, ein erweiterter Ausstellungskatalog, kann bei der VSV in deutscher und französischer Sprache zum Preis von Fr. 39.80 bestellt werden.

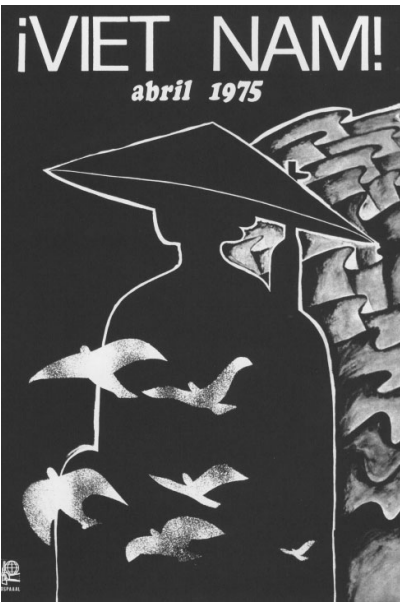
Die Spätfolgen von Agent Orange sind seit gut fünf Jahren das Schwerpunktthema der VSV. Sie hat die Stockholmer Konferenz über Langzeitschäden des Krieges in Kambodscha, Laos und Vietnam vom Juli 202 sowohl finanziell, als auch durch die aktive Teilnahme und anschliessende Übersetzungsarbeiten unterstützt.

Das gleiche gilt für die Pariser Konferenz vom März 2005. In ihrer Publikation, dem «Hoa Binh» (was übersetzt «Frieden» heisst), berichtet die VSV regelmässig über die Langzeitschäden der Chemiewaffeneinsätze und die wachsende Bewegung, welche Gerechtigkeit für die Opfer fordert. Daneben werden andere Aspekte wie z.B. die Süd-Süd-Kooperation Vietnams in Afrika oder ökologische und kulturelle Fragen aufgegriffen, Meist sind es Themen welche in der hiesigen Berichterstattung zu Vietnam kaum Beachtung finden. Zum 30. Jahrestag der Deklaration der Unabhängigkeit Vietnams hat die VSV eine Sondernummer herausgebracht. Ausgaben des Hoa Binh können bei der VSV kostenlos bezogen werden.

Die Unterstützung der VSV gilt ferner ganz direkt der Klage der Agent Orange Opfer gegen die Herstellerfirmen des dioxinhaltigen Giftes. So hat sie der vietnamesischen Vereinigung der Agent Orange Opfer im Frühling dieses Jahres zwei Tausend Dollar und die gesammelten Unterschriften unter die Petition an die US-Regierung übergeben. Derzeit beteiligt sie sich an der internationalen Kartenaktion. Auch diese Karten können bei der VSV bezogen werden.

Wie hiess es doch vor über vierzig Jahren: «Solidarität...». Im Kampf um Gerechtigkeit für die Opfer von Agent Orange braucht Vietnam uns noch einmal.

Kontakt: Vereinigung Schweiz-Vietnam, Postfach 8164, 8036 Zürich, Tel/ Fax 044 462 20 03, E-Mail: a.weil@smile.ch



Vietnam-Solidarität in der Schweiz

Die Vietnam-Solidarität in der Schweiz ist untrennbar verbunden mit den Kampagnen der Schweizerischen Friedensbewegung SFB und Exponenten dieser Bewegung wie Joe Stebler und Alex Richard.

Alex Richard beispielsweise, Diplomingenieur aus Zürich/Tessin, hat an Ort und Stelle, d.h. am Technischen Institut Hanoi gearbeitet (siehe «Unsere Welt» Nr. 2/1983). Dadurch wusste er genau, was benötigt wurde, und konnte entsprechendes Material organisieren. «Was dem Land fehlt, ist elektrische Energie, und in den Krankenhäusern wird dringend nach Wäsche, Sanitätsartikeln, chirurgischen Geräten, medizinischen Appa raten und Medikamenten (Antibiotika) gefragt», schrieb Alex Richard 1983 in der UW.

«Also wurden mehrere Lada-Kombi zur Verwendung als Ambulanzfahrzeuge gekauft und nach Vietnam geliefert», (siehe Foto oben aus dem Jahre 1980), «allerdings nicht etwa leer: selbstverständlich bis unters Dach gefüllt mit Spital- und Reserve-material», erinnern sich die SFB-Aktivistinnen Ruth Degen und Helene Moser («argumente», Nr. 1/05). Spitalausrüstung für weit über 100 000 Franken wurde gesammelt und nach Vietnam verschifft. «Durch Verhandlungen mit dem Kantonsspital Basel konnte erreicht werden, dass ein ganzer Container mit funktionstüchtigem, aber in der Schweiz nicht mehr benötigtem Spitalmaterial geschickt werden konnte.»

In einer anderen Aktion, die vor allem von Joe Stebler und Otto Waser initiiert worden war, wurden 1 100000 Bleistifte gespendet. Es wurde Geld gesammelt für «Reis für Kinder», Spitalwäsche, Kleider, Spielsachen und vieles mehr. «Alles wurde liebevoll in Bananenschachteln verpackt und schiffstauglich (!) in Ölpapier gebunden. Später, ab 1988, haben wir 4 Container gekauft und gefüllt mit Autos (2 Stück), Spitalmaterial, Nähmaschinen (mechanische!), technischen Geräten und überhaupt mit viel Schö-nem und Brauchbarem. Niemand hat die vielen Arbeitsstunden gezählt, aber die Aktionen waren jedenfalls sehr aufwendig.»

«Bei uns beflügelte diese ehrenamtliche Arbeit die freiwilligen Helfer und Aktivisten, denn alle lebten in dem Gedanken, dass unsere Solidaritätssendungen dem vietnamesischen Volk, das so viel hatte durchmachen müssen, einigen Nutzen und ein Stückchen Zuversicht bringen würden», unterstreichen Ruth Degen und Helen Moser.

Weltgeschehen am Radio

Geschätzter Service public

Vor sechzig Jahren, am 17. September 1945, wurde von Radio DRS zum ersten Mal das «Echo der Zeit» ausgestrahlt. Seither hat sich die Vorabend-Sendung als eines der beliebtesten Informationsgefässe der deutschen Schweiz etabliert.

Aus Anlass des Jubiläums hat Radio DRS-Redaktor Hanspeter Gschwind eine Dokumentation herausgegeben, die auf spannende Weise Einblick in die wechselhafte Geschichte des «Echos» und der starken Persönlichkeiten gibt, welche die Sendung in all den Jahren mitgeprägt haben und – wie etwa Heiner Gautschi oder Hans O. Staub – durch das «Echo» selbst zu Legenden geworden sind. Ergänzt wird der über 260 Seiten dicke Band mit einer Audio-CD, welche mit interessanten Tondokumenten die Entwicklung der Informationssendung nachvollziehbar macht.

Dem Kapitel «Wirren um Wahrheit» entnehmen wir folgende Textpassagen zur «Novosti-Affäre» von 1983, mit welcher damals bekanntlich zum Schlag gegen die Schweizerische Friedensbewegung ausgeholt wurde:

Das Misstrauen der Auslandredaktion gegenüber den Kollegen im «Inland» wurde wieder virulent aus Anlass der «Novosti-Affäre» am 29. April 1983. Es war der Tag, an welchem Defago vom Regionalvorstand DRS zum Chefredaktor von Radio DRS gewählt wurde. Am Morgen jenes Freitags, als in den Köpfen der Journalisten im Bundeshaus bereits das Wochenende einzuziehen begann, deponierte ein Mitarbeiter des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements einen Stapel von Communiqués im Journalistenzimmer; deren Inhalt wie eine Bombe einschlug. Unter dem Titel «schliessung des berner



novosti-büros – ausweisung des sowjetischen leiters» (der ganze Text war in Kleinschrift gehalten) wurden dem Leiter des Berner Büros der russischen Nachrichtenagentur «Novosti», Alexei Dumov, sowie den beiden Schweizer Mitarbeitern, den Journalisten Martin Schwander und Philippe Spillmann, subversive politische Aktivitäten vorgeworfen: Die «beeinflussung von teilen der schweizerischen friedensbewegung, die ideologische schulung und kriminalisierung jugendlicher, die wahrnehmung eigentlicher desinformationsaufträge sowie die organisation von zahlreichen demonstrationen, politischen aktionen und kundgebungen aller art». Novosti erschien als der verlängerte Arm des sowjetischen Geheimdienstes KGB und die Mitarbeiter, namentlich Schwander und Spillmann, wurden als Handlanger des Sowjetimperialismus disqualifiziert, dies scheinbar umso gerechtfertigter, als sie beide Mitglieder der PdA waren.

Die Redaktoren des «Inland» taten, was sämtliche Kollegen der Presse an jenem Tage auch machten: Sie übernahmen erschrocken und aufgeregt die Botschaft des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrat Rudolf Friedrich, und sie gaben sie ungefiltert in den Mittagsinformationen weiter. Erschrocken waren auch die Kollegen der Auslandsredaktion, jedoch weniger über das bundesrätliche Communiqué als über die ungeprüfte massive Belastung der Novosti-Mitarbeiter, welche nach ihrer Überzeugung grundlegenden Regeln des Journalismus widersprach.

Alexander Gschwind und Casper Selg versuchten, die Angeschuldigten zu erreichen; der vollständig verdatterte Martin Schwander kam ins Studio und Selg konnte, nachdem er ihm längere Zeit beruhigend zugesprochen hatte, in einem Interview für das «Echo» dessen Stellungnahme einholen. Dies provozierte die Inlandredaktoren Norbert Hochreutener und Marc Furrer, darauf zu bestehen, das Band vor dessen Ausstrahlung abzuhören, was wiederum die «Ausländer» nur in Gegenwart von Zeugen zuließen, um sicherzustellen, dass dieses Band nicht verschwinde

Die Wichtigkeit solcher Auseinandersetzungen wurde deutlich, als Wochen später durch die Publikation des geheimen Untersuchungsberichts der Bundesanwaltschaft nachgewiesen werden konnte, dass die Vorwürfe gegen die Novosti-Mitarbeiter weitestgehend unhaltbar waren.

«Echo der Zeit» – Weltgeschichte am Radio ist im Verlag der NZZ erschienen und für Fr. 48.– inkl. Audio-CD im Buchhandel erhältlich (z.B. bei Buchhandlung Waser am Rümelinsplatz 17 in Basel, Tel. 061 261 02).



Alberto Granado (Mitte) während der Dreharbeiten zum Film «Diarios de Motocicleta» von Walter Salles. Vorne der Darsteller des jungen Ernesto Guevara, Gael Garcia Bernal, hinten Rodrigo de la Serna, der im Film Granado verkörpert. Foto: Pathé

Begegnung mit Alberto Granado

Die endlose Reise

Er fährt nicht mehr Motorrad, wie vor fünfzig Jahren. Und er lebt auch nicht mehr im heimischen Córdoba, in Argentinien, sondern seit Jahrzehnten in seiner neuen Heimat Kuba. Das Reisen hingegen hat er nicht aufgegeben. Und immer noch reist er mit dem Che: Alberto Granado, der Jugendfreund von Ernesto Guevara, mit welchem er in den fünfziger Jahren auf dem Sattel einer alten Norton 500 quer durch Lateinamerika fuhr.

Von Sergio Ferrari

Alberto, seit der junge Brasilianer Walter Salles eure Reise verfilmt hat («Diarios de Motocicleta») und seit dem parallel dazu gedrehten Dokumentarfilm von Gianni Minà («Travelling with Che Guevara»), in welchem Du die Hauptrolle spielst, bist Du ein gefragter Mann. Wie fühlt sich das an?

Alberto Granado: Ich habe mich nie als Hauptdarsteller betrachtet, der Film bot einfach eine wunderbare Gelegenheit, die Reise mit Ernesto, die wir vor fünfzig Jahren gemeinsam unternommen haben, noch einmal zu durchleben. Vielen erschien damals unsere Art zu leben, zu handeln, zu reisen als anarchistisch, sicher aber als seltsam. Und doch hat uns das Leben gezeigt, und so sehen es die Leute heute auch, dass damals, als wir durchgefahren sind, zwei Menschen auf der Reise waren, die keine Diskriminierungen duldeten, sich gegen das Elend auflehnten, sich mit den Bauern solidarisierten, sich auf die Seite der Wehrlosen stellten. Das erklärt, warum der Che heute präsenter ist als je.

Hast Du den Film wie eine zweite Reise erlebt, nur diesmal alleine?

Nein, überhaupt nicht. Ich reise weiterhin mit Ernesto, mit dem Che. Und wir kommen vorwärts. Einige



Alberto Granado auf der UW-Redaktion

Im vergangenen November wollte der 83jährige Alberto Granado bei seinen Enkeln in der Schweiz und stattete dabei auch der UW-Redaktion einen Besuch ab. Der Biochemiker, der in seinem Beruf auf Kuba Pionierarbeit geleistet hat, lebt heute als Rentner in Havanna. Auf dem Foto zusammen mit UW-Redaktor Martin Schwander.

denken, Lateinamerika sei heute noch genau so wie vor fünfzig Jahren. Natürlich ist das Übel dasselbe geblieben, aber in einigen Ländern gibt es jetzt immerhin fortschrittliche Regierungen und es werden interessante Erfahrungen gemacht. Ich denke dabei an einen Chavez in Venezuela, an einen Lula, der es vom Metallarbeiter zum Präsidenten von Brasilien gebracht hat, auch an einen Kirchner in Argentinien. Es gibt eine ganze Bewegung, die entsteht für eine gerechtere

14. Kuba-Abstimmung der UNO – 14. USA-Niederlage

Absurde Kuba-Blockade

Zum 14. Mal in Folge hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen ihr Urteil über die US-amerikanische Kuba-Blockade gefällt – es war die 14. Niederlage für Washington.

Von Leo Burghardt

Interessant war bei der Abstimmung in der UNO-Vollversammlung eigentlich nur, wie hoch die Verurteilung der USA ausfallen würde – sie war überwältigend wie nie zuvor. Von 191 UNO-Mitgliedsstaaten wandten sich 182 gegen das Embargo (2004 waren es 179). Nur Israel, Palau und die Marshall-Inseln blieben den USA treu. Mikronesien enthielt sich der Stimme, vier Länder, El Salvador, Nicaragua, Marokko und Irak, waren abwesend. Sie wollten nicht Farbe bekennen beziehungsweise durften wegen Beitragsverzug nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Das Ganze ist zu einem Ritual geworden, das schon längst keine Überraschungen mehr zulässt. Die Blockade-Befürworter in der Südsee sind als karge Koralleninseln bis zu 70 Prozent direkt von amerikanischen Hilfgeldern abhängig, die zusätzlich zu den US-Militärstützpunkten und US-Endlagern für Nuklearmüll ihre Existenzgrundlage bilden. Vor der Abstimmung trugen die 20 Sprecher der Blockade-Gegner-Gruppen – zum Beispiel die Karibische Gemeinschaft, China, Mercosur, die asiatischen und afrikanischen Regionalorganisationen – ihre Argumente vor und erwähnten dabei, dass Kuba durch die Blockade 82 Milliarden US-Dollar an materiellem Schaden erlitten hat – für ein Land der

Welt. Das ist doch genau das, was auch wir angestrebt haben, was auch wir in unserm Leben bewegen wollten.

Zurück zum Film von Salles: Kann er trotz Anpeilung eines Massenpublikums die Grundwerte hinüberbringen, die ihr verteidigt habt? Oder gab es zugunsten der Massenverbreitung hier Abstriche?

Also mir hat der Film gefallen und man muss sich bewusst sein, dass es ein Spielfilm ist und nicht ein Dokumentarfilm. Er hat etwas sehr Spezielles an sich: Was er zeigt und wie er es zeigt bewirkt, dass viele Zuschauer das Kino anders verlassen als sie hineingegangen sind. Ich finde den Film auch künstlerisch sehr gelungen. Sowohl der Regisseur, Walter Sellas, wie der Darsteller des Che, der Mexikaner Gael García Bernal oder Rodrigo de la Serna, der mich spielt, sind als Profis wie als Menschen ausserordentliche Persönlichkeiten. Es gelingt ihnen immer, jenes zusätzliche Tröpfchen Liebe reinzubringen, das es ausmacht, dass dieser Film über alle andern Kinofilme der letzten Zeit hinausragt. Ich meine sogar, dass er zumindest in Lateinamerika eine Art Linie zieht: vor und nach «Diarios de motocicleta».

Und der parallel gedrehte Dokumentarfilm von Giani Minà?

Wir haben eigentlich nie gedacht, dass er zu einem eigenständigen Produkt würde. Zuerst wollten wir einfach eine Art «Making of...» drehen, also einen Blick hinter die Kulissen der Spielfilmproduktion ermöglichen. Erst später haben wir gemerkt, dass er zu mehr taugt. Schliesslich hat die Dokumentation ganz neue Wege erschlossen...

Wurde der Spielfilm auch schon in Kuba gezeigt?

Natürlich. Seit Jahren schon werde ich dort immer wieder von Jugendli-

chen aufgesucht, die alles wissen wollen über die Reise. Aber der Film hatte noch einmal eine ausserordentliche, unterschiedliche Wirkung. Als er zum Beispiel in Santa Clara gezeigt wurde, der Stadt, die durch Che Guevara befreit worden war, kamen viele Emotionen hoch und die Zuschauer applaudierten am Schluss über zehn Minuten lang. Auch der Dokumentarfilm wurde bereits mehrere Male vorgeführt, am Fernsehen und bei andern Gelegenheiten.

Wie geht Alberto Granado mit dieser filmischen Publizität um?

Ganz ehrlich, ich fühle mich zu stark hervorgehoben. Aber eigentlich zeigen beide Filme, wie es war. Natürlich gab es einige Änderungen, die aber unbedeutend sind. Zum Beispiel, dass wir den Amazonas am Nachmittag und nicht am Abend durchschwommen haben. Das hat der Szene halt eine poetische und symbolische Note gegeben: Ernesto, der sonst vor nichts Angst hat, fühlt ein gewisses Unbehagen, den Fluss in der Dämmerung zu durchqueren und Schwimmen ist sowieso nicht seine Lieblingsbeschäftigung.

Dein ganzes Leben, seit deiner Jugendzeit, ist sehr eng verbunden mit dem Che und mit Kuba...

Das ist in der Tat so. Ich lebe seit dem 23. März 1961 auf Kuba. Und ich möchte bei dieser Gelegenheit gleich etwas anfügen, was die Beziehung zwischen Che und Fidel anbelangt. Die Feinde Kubas verbreiten seit Jahrzehnten die Mär vom angeblichen Bruch zwischen den beiden. Wie erklären sie sich aber dann die Tatsache, dass die engsten Freunde des Che und dass seine eigenen Kinder alle auf Kuba geblieben sind? Es gab nie irgendein Zerwürfnis zwischen Fidel und Che, sie haben sich gegenseitig respektiert und mochten sich sehr.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Martin Schwander)

aus 43 Ländern zu Ende ging, standen auch diesmal die längsten Besucher-schlangen vor der Alimport-Halle. Dort zeigten US-Firmen, was sie anzubieten haben. Hier in Kuba, das vor der Blockade der grösste Importeur amerikanischen Reises war, offerieren sie vorwiegend Agrarprodukte, vom Hühnerei bis zum Mastbullen, frische Waren und solche in Konserven. 380 Unternehmer von 188 Firmen aus 31 Bundesstaaten waren gekommen.

Willkürliche Bewilligungen

«Erhielten Sie die Genehmigung von ihrer Regierung ohne weiteres?» fragten wir einen Grosseexporteur für Reis, der seinen Namen lieber nicht nennen wollte. Das sei alles ein Irrsinn, meinte er. Die Lobby der Agrarproduzenten sei stark, sie brauche den kubanischen Markt. Und da gehe es manchmal sehr schnell mit den Genehmigungen, während ein anderes Mal gar nichts geht, ohne dass dafür ein ersichtlicher Grund genannt würde. Die Carolina Turtey Co. habe zum Beispiel eine Absage erhalten, während sie im vorigen Jahr hier war. «Wir sehen selbst nicht mehr durch», sagte er.

«Wann wird die Blockade fallen oder zumindest aufgelockert werden?» wollten wir wissen. «Unter Bush nicht», lautete die Antwort. «Wir haben durch den ganzen Blockade-Klamauk in zehn Monaten 400 Millionen Dollar im Kuba-Geschäft verloren.» Der nächste Präsident müsse das Begräbnis der Blockade einleiten, egal ob er Republikaner oder Demokrat ist. (ND)

Mann-Stopp Munition:

Polizei-Dumdum

Von Heinrich Frei

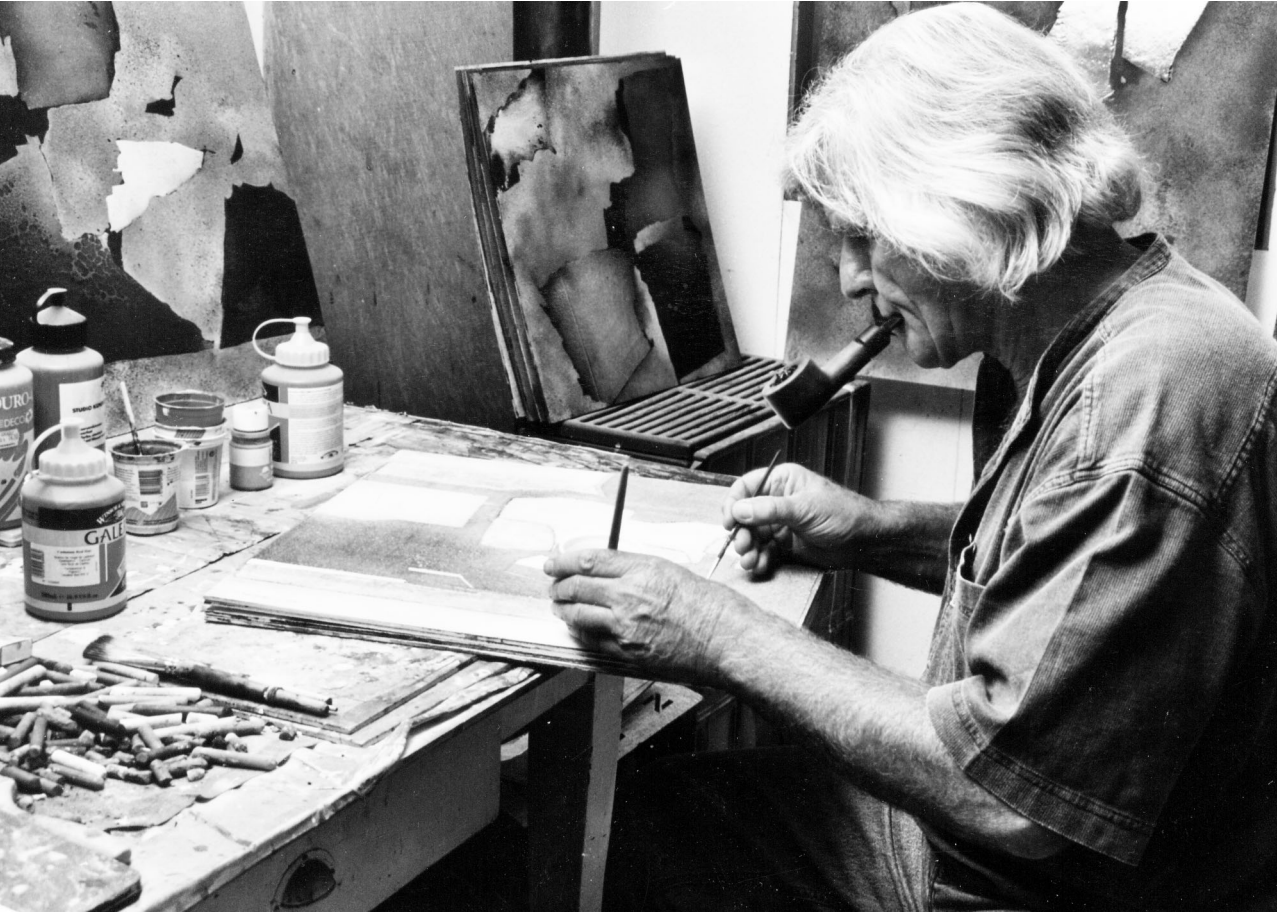
Der schweizerische Polizeibeamtenverband will die so genannte Mann-Stopp Munition einführen, um Gewalttäter zu neutralisieren. Eine marktbeherrschende Stellung bei der Ausrüstung mit dieser Munition, unter anderem der deutschen Behörden, nimmt der Schweizer Munitionshersteller RUAG ein. Die RUAG ist eine 100-prozentige staatliche Aktiengesellschaft und, nach eigenen Angaben, Marktführer für kleinkalibrige Munition in Europa. Zum RUAG Konzern gehören mittlerweile zwei der bedeutendsten Anbieter von Kleinkalibermunition in Europa: Dynamit Nobel (Deutschland) und Norma Precision AB (Schweden). Die schweizerische Tochterfirma RUAG Ammotec beliefert unter anderem die Bundeswehr mit der neuen Munition 4,6 x 30 mm, die von der Firma im Internet unter dem Namen Penetrator angepriesen wird. (siehe auch www.ruag.com)

Die Projektile dieser helvetischen Mann-Stopp Munition der RUAG stellen sich in «weichen» Zielen – wie in menschlichen Körpern – zuverlässig quer und überschlagen sich, statt sie einfach zu durchdringen. Die Wunden, die dadurch entstehen, sind grässlich. Es gibt nur eine Kleinwaffenmunition, die ähnliche Folgen nach sich zieht: im militärischen Bereich international geächtete Deformations- bzw. Expansionsgeschosse, die unter dem Namen Dumdum-Geschosse traurige Berühmtheit erlangten. Da die extreme Verwundung im Fall der neuen Munition jedoch nicht – wie bei Dumdum-Geschossen – durch die Verformung des Projektils sondern durch den Überschlag desselben entsteht, fällt sie nicht unter das Verbot der Haager Landkriegsordnung. Solche Munition findet Verwendung bei Teilen der der deutschen Fallschirmjäger, Feldjägern und speziellen Einsatzkräften, aber auch schon beim U.S. Marine Corps.

Der Basler IKRK Kriegsarzt Rio Spirgi protestierte schon 1977 gegen Munition mit Dumdum ähnlicher Wirkung, als die Schweiz Sturmgewehre mit dem Kaliber 5.56 einführte. Er wollte damals unter allen Umständen verhindern, dass die Schweizer Wehrmänner mit kleinkalibrigen Sturmgewehren ausgerüstet werden. Grund: Die heimtückischen kleinen Geschosse zerfetzen den Körper. Eine Amputation ist dann in den meisten Fällen unvermeidlich. Spirgi hatte im Vietnam Krieg und später im Libanon, für das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) gearbeitet. Er machte zusammen mit anderen Chirurgen die Erfahrung, dass die Munition mit dem Kaliber 5,56 der modernen Sturmgewehre sehr komplizierte Verletzungen verursacht. Diese kleinen Projektile bewirkten nämlich keine glatten Durchschüsse, sondern stellen sich im menschlichen Körper quer und reissen furchtbare Wunden, wie bei den verbotenen Dumdum Geschossen.



Auf 200m durchschlage sie das NATO CRISAT Referenzziel (1.6mm Titan und 20 Lagen Kevlar) problemlos, schreibt die RUAG auf ihrer Homepage über die Penetrator-Munition. Foto RUAG



Der Künstler Martin C. Stucki in seinem Atelier im oberländischen Teuffenthal. Foto zvg.

Kunst im Dienste des Mitmenschen

Malen für Kamerun

Früher Brigadier der Schweizer Armee und Rektor der Militärakademie, heute Stiftungsrat der Stiftung «Welt ohne Minen» und als Künstler im Dienste eines eigenen Entwicklungsprojektes in Kamerun: der ungewöhnliche Lebensabend eines ungewöhnlichen Mannes.

Von Martin Schwander

Mit 16 Jahren hatte Martin C. Stucki seine erste Ausstellung. Linolschnitte waren es damals, weit entfernt von den Materialien, die Stucki für seine Bilder später verwendete: Pigmente, gemischt mit verschiedensten Bindemitteln, Gips, aber auch Kochsalz, Asphalt, Überbleibsel vom Lothar-Sturm etwa, Fundstücke aus der Hügellandschaft des Teuffenthal, wo Stucki mit seiner Frau Rosmary heute lebt.

Stucki blieb dem künstlerischen Wirken seiner Jugendjahre auch in seinem weiteren Werdegang treu, doch beruflich hatten Leben und Umstände zunächst anderes mit ihm vor. So stellte er sich in den sechziger Jahren als junger Lehrer in den Dienst der Basler Mission. Im Obang, einem Gebiet von Kamerun in der Grösse des Kantons Bern, arbeitete er gemeinsam mit seiner Frau im dortigen Schuldienst, als Schulinspektor vorerst, dann als Rektor eines Lehrerseminars. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz und inzwischen Vater zweier seiner insgesamt drei Töchter geworden, folgte Stucki «einer Familientradition» und wurde Berufsmilitär, eine Karriere, die er im Range eines Brigadiers und als Rektor der Militärakademie an der ETH Zürich abschloss.

Unkonventionelle Hilfe

Frühzeitig pensioniert, erschloss er sich das Malen nun als «Letztberuf» – und als Mittel zum Zweck, wie er unterstreicht. Der Zweck: Geldbeschaffung für ein kleines, handliches Hilfswerk, das in Kamerun u.a. Schülern den kostenlosen Schulbesuch ermöglicht. Seit 13 Jahren arbeitet Stucki bereits «vollamtlich» als Künstler und jeder Rappen, den er nach Abzug der Materialkosten für seine Bilder in diesen Jahren erhalten hat, ist nach Kamerun geflossen. Mittlerweile als «Martin-Stucki-Stiftung für Schulen in Afrika» offiziellisiert und von der eidgenössischen Stiftungsaufsicht anerkannt, deckt das Hilfswerk eine ganze Reihe elementarer Bedürfnisse vor Ort ab – ohne aufgeblasene Administration, alles ehrenamtlich und mit einfachem aber effizientem Controlling,

wie Stucki betont. Präsiert wird der Stiftungsrat vom Bolliger Theologen Friedrich Hertig, Mitglieder sind Nationalrätin Ursula Haller aus Thun, der Berner Jurist Franz A. Zölch und Charles Raedersdorf.

Die Art der Hilfe ist unkonventionell und geprägt von Stuckis Erfahrungen als Schulinspektor. «Unsere Unterstützung ist leistungsbezogen», erklärt der Pädagoge. «Aus zur Zeit 35 Schulen mit insgesamt 248 Klassen werden in jeder Klasse die drei besten Schülerinnen und Schüler ausgewählt und diese erhalten dann von uns alles bezahlt.» Das Leistungsprinzip entspreche der dortigen Lebenserfahrung: «Die Menschen im Obang führen jeden Tag einen Überlebenskampf.» Daneben werden von einem einheimischen Komitee aber auch besonders bedürftige Familien eruiert, deren Kinder dann ohne Leistungsausweis Unterstützung erhalten. «Das Aufbringen von Schulgeld», so Stucki, «stellt für die Familien im Obang neben der Mittelbeschaffung für Medikamente eines der grössten Probleme dar. Die Grundnahrung ist in dieser selbstversorgenden Agrargesellschaft gedeckt, und für den Kauf von Salz, Lampenöl und Kleidung reicht das bescheidene Familieneinkommen meist gerade noch.» Bildung und Medikamente jedoch müssten hintanstehen. «Daraus erklären sich etwa auch die grossen Altersunterschiede in den Klassen. Wenn das Geld fehlt, nehmen die Familien ihre Kinder aus der Schule und schicken sie erst wieder zurück, wenn wieder etwas Geld übrig bleibt.»

Schlangen und Sandflöhe

Eine zweites Betätigungsfeld des Hilfswerks betrifft das Sanieren insbesondere von Schulgebäuden, die meist nur von Palmblättern bedeckt sind. «Diese Palmblätter bilden einen idealen Unterschlupf für jegliche Art von Ungeziefer und sind deshalb für Schlangen besonders attraktiv. So kommt es immer wieder vor, dass mitten im Unterricht giftige Schlangen vom Dach ins Klassenzimmer herunterfallen.» Diesem Umstand wird durch das Anbringen eines hölzernen Dachstuhls und eines Wellblech-

daches Rechnung getragen. «Das Material dazu stellen die Dorfbewohner bereit. Wir selbst besorgen und bezahlen ihnen die Fachkräfte: Zimmerleute, aber auch Maurer für die Zementierung der Lehm Böden – letzteres zur Bekämpfung der Sandflöhe.» Diese Fachkräfte wiederum werden in einem weiteren Projekt selbst herangezogen: «Wir ermöglichen die Absolvierung verschiedener Lehren, so zum Beispiel als Schneiderinnen, als Schreiner und Maurer. Ist die Ausbildung einmal beendet, gehen die jungen Berufsleute von Dorf zu Dorf, flicken Kleider oder führen eben Renovationsarbeiten durch.» Die Auslagen für Kost, Lehrgeld, Unterkunft und Kleidung würden sich pro Stift und Lehrjahr auf ca. Fr. 1200.– belaufen.

Derartige Projekte benötigen eine vertrauenswürdige Koordination vor Ort. «Als wir etwa sechs Monate in

Kamerun gelebt hatten, kam ein alter Mann zu uns», erinnert sich Martin C. Stucki. «Er hatte einen Jüngling bei sich und bat uns, etwas aus ihm zu machen.» Es traf sich, dass Schulinspektor Stucki jemanden brauchen konnte, der ihn in administrativen Belangen unterstützte, und so ermöglichte er dem jungen Mann eine kaufmännische Ausbildung. «John Abane Arrey hat uns danach während unseres ganzen Kamerun-Aufenthaltes begleitet.» Nach einer Weiterbildung in England wurde Abane schliesslich Kassier der Presbyterianischen Kirche von Kamerun und da der Kontakt zu ihm nie abgebrochen war, schien er der geeignete Mann, das Hilfswerk vor Ort zu betreuen. «Seit seiner Pensionierung arbeitet Abane vollamtlich für uns, macht Vorschläge, koordiniert und überwacht den Einsatz der Mittel.»

Als weiteres Projekt wurde zunächst an den Aufbau eines Waisenheimes gedacht. «Das Gebäude, ein altes Hotel, hatten wir bereits zur Hand und eine detaillierte Kostenaufstellung bis hin zum Suppenlöffel ebenfalls. Dann kamen jedoch die örtlichen Behörden mit unmöglichen Auflagen, die uns das Projekt sofort stoppen liessen.» Zum Glück, wie sich hinterher erwies. «Wir liessen uns zu stark von hiesigen Vorstellungen treiben», meint Stucki selbstkritisch. «Ein Waisenheim entspricht nicht den dortigen Gesellschaftsstrukturen, die sich stark auf die Grossfamilie abstützen.» Das Problem der Waisen ist gravierend, aber gelindert werden soll es nun mit so genannten Help Points. «Ein Help Point ist eine Frau, die bereit ist, eines oder mehrere Waisenkinder in die eigene Familie aufzunehmen. Die Stiftung übernimmt Kost, Logis, Bekleidung, Schulgeld und sämtliche andere Kosten, die durch die Betreuung der Kinder entstehen.» Ein wesentlicher Vorteil dieses Systems sei, dass für die betroffenen Kinder Familien ausgesucht werden könnten, die ihre eigene Stammsprache sprechen.

Auch ein derartiges Projekt muss natürlich vor Ort eng betreut werden. Wie bei Abane konnten Stuckis mit ihrem damaligen Kindermädchen

Anette auf eine Vertraute von früher zurückgreifen «Anette wurde später Lehrerin und hat selbst drei Strassenkinder bei sich aufgenommen. Sie wird nun diese Help Points leiten und begleiten.» Auch hier wiederum spürt man, wie die Stiftung versucht, verschiedene Projekte sinnvoll miteinander zu verflechten. «Für diese jetzt 30 Help-Points organisiert Abane einen monatlichen Gemüseeinkauf. Ein Lastwagen tourt zu einem vorher bekannt gemachten Zeitpunkt durch verschiedene Dörfer, kauft den Bewohnern überschüssiges Gemüse ab und verteilt es danach ohne Zwischenhandel den Pflegefamilien.» Den Dorfbewohnern entfällt der mühsame und beschwerliche Weg zu den Märkten und die Pflegefamilien kommen günstig zur zusätzlichen Kost.

Kontinuität gewährleistet

Es gäbe noch viel zu erzählen über die enorme Tätigkeit der Stiftung, über die Einkleidung von Kirchenchören zum Beispiel, die Beschaffung von Wasseraufbereitungsgeräten, die Abgabe von Weihnachtsverpflegungen an Behinderte usw. Die Mittel dazu erschliesst sie sich, wie eingangs erwähnt, durch den Verkauf von Stuckis Bildern. «Insgesamt 360 Bilder jedoch sind zur Zeit bloss vermietet, d.h. der Mieter bezahlt Fr. 10.– im Monat pro Bild, und auch dieses Geld kommt in vollem Umfang der Stiftung zu.» Eine Art Kunst-Leasing also: Entschliesst sich der Mieter nach einer Weile dann doch zum Kauf, wird ihm die bereits bezahlte Miete angerechnet. «Aber er kann das Bild auch innerhalb der Miet-Dauer ohne Kostenfolge durch ein anderes auswechseln.»

Dass die Kontinuität der Stiftung gesichert ist, dafür hat der 70jährige Martin C. Stucki vorgesorgt. Seine im Obang geborene älteste Tochter Martina Kinzl-Stucki ist selbst eine anerkannte Kunstmalerin und bereit, das Werk des Vaters weiter zu führen. Und an der Technischen Universität in Cottbus bereitet sich mit Unterstützung der Stiftung eine gewisse Cecilia Oben Arrey auf die Übernahme der Tätigkeit ihres Vaters John Abane Arrey in Kamerun vor...

«Course de la paix» im Museum

Friedensfahrt am Ende?

Die Internationale Friedensfahrt («Course de la Paix») ist ein Radrennen in Mitteleuropa und war bis zum politischen Umbruch in den ehemaligen Ostblockstaaten 1989 das international bedeutendste Amateur-Radrennen. Im Jahr 2005 fand das Rennen aufgrund finanzieller und organisatorischer Probleme erstmals seit seiner Gründung nicht statt. Eine Wiederaufnahme des Rennens für 2006 ist derzeit äusserst unsicher.



Die Friedensfahrt wurde 1948 erstmals ausgetragen und fand – unter der Friedenstaube von Pablo Picasso als offiziellem Emblem – zunächst zwischen Warschau und Prag statt. Ab 1952 wurde das Rennen auch nach Ostberlin geführt und verband danach in wechselnder Streckenführung jeweils im Mai die Hauptstädte der drei teilnehmenden Staaten Polen, Tschechoslowakei und DDR.

Die Friedensfahrt galt vor der Wende als die «Tour de France des Ostens» und war dort ähnlich populär wie die Frankreich-Rundfahrt in Westeuropa. Dominiert wurde sie weitgehend von den Staatsamateuren der osteuropäischen Länder, da die ebenfalls teilnehmenden westeuropäischen Nationalmannschaften nur mit Nachwuchsfahrern, die keinen Profistatus hatten, starten konnten.

Einen entscheidenden Einschnitt für die Rundfahrt stellte das Jahr 1989 dar. Der Amateurstatus verlor innerhalb kürzester Zeit seine Bedeutung und wurde schliesslich ganz abgeschafft. Die Friedensfahrt geriet in die Krise. Mitte der 1990er Jahre wurde sie zu einem Profi-Rennen umgestal-

tet und hat sich inzwischen im Kalender des Radsportweltverbands UCI als Rennen der mittleren Kategorie 2.2 etabliert. Sie führt weiterhin durch die klassischen Teilnehmerländer (Polen, Tschechien bzw. Slowakei und Deutschland), berührt die Hauptstädte jedoch nur noch selten.

Erfolgreichster Teilnehmer ist der Schweizer Steffen Wesemann, der die Friedensfahrt zwischen 1992 und 2003 fünf Mal gewinnen konnte. Je vier Erfolge errungen haben Uwe Ampler (dreimal für die DDR, einmal für das polnische Team «Mroz») und der Pole Ryszard Szurkowski. Der zweimalige Gewinner Gustav-Adolf Schur, genannt «Täve», wurde nach 1989 mit grossem Abstand zum populärsten Sportler der DDR gewählt.

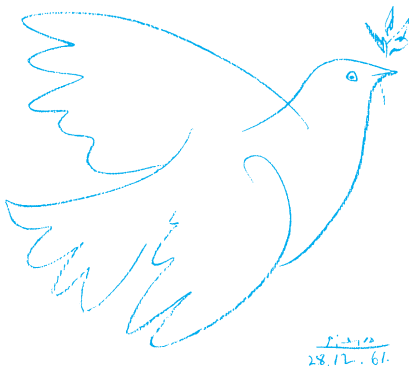
(Täve Schur sass während vier Jahren für die PDS im Deutschen Bundestag und war 1999 Gastreferent an der Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung).

Die Stellung der Friedensfahrt im internationalen Radsportkalender verschlechterte sich vor der Saison 2005, da sie nicht in die neu geschaffene UCI ProTour als höchste Klasse des Radsports aufgenommen wurde. Finanzielle und organisatorische Probleme führten im Frühjahr 2005 dazu, dass die Friedensfahrt zunächst verschoben und schliesslich ganz abgesagt wurde. Eine Wiederaufnahme des Rennens für 2006 ist derzeit äusserst unsicher.

In der Bördegemeinde Kleinmühlingen bei Calbe (Saale) befindet sich das einzige Friedensfahrt-Museum. Initiator dieser Einrichtung ist der 52 jährige Horst Schäfer, welcher seit den Neunziger Jahren alles sammelt, was an das legendäre Rennen erinnert. Die Grundsteinlegung für das neue Museum wurde am 21. Mai 2005 vollzogen, denn die Räume in denen es momentan untergebracht ist, bieten nicht mehr genug Stellfläche für die vielen Exponate die von etlichen Fans, Radsportlern und Begeisterten an das Museum übergeben wurden. Der Trägerverein wird von ehemaligen Radsportgrössen, u.a. Täve Schur unterstützt.

(Quelle: Wikipedia)

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Marta Martin,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis — Exemplare
«UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Rosa Parks in einer Aufnahme aus dem Jahr 1983 (Foto: Archiv)

Als Rosa Parks sitzen blieb, standen die Schwarzen auf

Rosa und Katrina

Die kürzlich verstorbene US-Bürgerrechtlerin hatte es satt, sich zu fügen. Vor 50 Jahren löste sie eine Massenbewegung gegen den Rassismus aus.

Von George Pumphrey

Es ist der 1. Dezember 1955. In Montgomery, Alabama, weigert sich eine schwarze Frau, dem Gesetz zu folgen. Diese Weigerung fordert das rassistische System der USA heraus.

Rosa Parks, die seit vielen Jahren im organisierten antirassistischen Kampf aktiv ist, fährt von ihrer Arbeit mit dem Bus nach Hause. Ein weisser Fahrgast steigt ein und sieht, dass kein Platz frei ist. Er bleibt stehen. Der Busfahrer James F. Blake bemerkt dies und befiehlt den vier schwarzen Fahrgästen, die in der ersten Reihe der Sektion «für Farbige» sitzen, nach hinten zu gehen.

Es ist das Gesetz der Rassentrennung: schwarzen Fahrgästen ist verboten, sich neben weisse zu setzen. Sie dürfen auch nicht die Plätze auf der anderen Seite des Ganges einnehmen, solange ein Weisser in der Reihe sitzt. Damit ein Weisser sich hinsetzen kann, sollen auch an diesem 1. Dezember vier Schwarze die Reihe verlassen. Blake droht mit der Polizei. Drei von ihnen stehen widerwillig auf und gehen nach hinten. Rosa Parks rutscht lediglich einen Sitz weiter zum Fenster. Blake fragt, ob sie nicht aufstehen will. Sie antwortet mit ruhiger Stimme «Nein». Dieses Nein erfasst bald Millionen und ändert den Lauf der Geschichte. Es ist der Beginn der grossen Bürgerrechtsbewegung.

Rosa Parks erklärte viele Jahre später: «Ich wusste nicht, welche Reaktion mein Handeln hervorrufen würde. Ich wollte nur deutlich machen, wie es ist, wenn man diskriminiert wird. Ich

wusste, dass ich ins Gefängnis gehen muss, als der Busfahrer drohte, mich verhaften zu lassen. Ich fühlte mich bei dem Gedanken nicht wohl. Aber ich war bereit dazu, damit deutlich wurde, dass Schwarze viel zu lange viel zu viel ausgehalten hatten. Ich war nicht müde, wie so oft gesagt wurde. Ich hatte es einfach nur satt, mich zu fügen.»

Wie Lastvieh behandelt

Der Kampf der Schwarzen richtete sich gegen die Rassentrennung und gegen rassistische Angriffe und Lynchmorde. Es war die NAACP (Nationaler Verein für den Fortschritt der Farbigen), die grösste und älteste Bürgerrechtsorganisation in den USA, die diesen Kampf anführte. Einen wichtigen Sieg konnte sie bereits erringen: Das Oberste Gericht hatte 1954 die Rassentrennung in den Schulen als verfassungswidrig aufgehoben. Doch viele Südstaaten weigerten sich, dieses Urteil durchzusetzen. Die NAACP war in vielen Orten des Südens verboten und agierte teilweise im Untergrund. Rosa Parks war seit 1943 Sekretärin der NAACP in Montgomery.

Die Rassentrennung war eine Folge der Sklaverei, die in den USA 250 Jahre lang geherrscht hatte. Schwarze wurden nicht als Teil der Menschheit betrachtet und wie Lastvieh behandelt. Nach dem Gesetz waren sie keine Personen, sie genossen keine Bürgerrechte.

Dabei hatten in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, der «Geburtsurkunde der Vereinigten Staaten», die höchsten revolutionären

Ideale der damaligen Zeit ihren Ausdruck gefunden: die Gleichheit der Menschen, das Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück ebenso wie das Recht – und die Pflicht – der Unterdrückten, gegen Tyrannei zu rebellieren und sie abzuschaffen. Doch die Tyrannei der Sklaverei findet keinerlei Erwähnung in diesem Dokument.

Die US-Verfassung von 1787 garantierte die weitere Einfuhr von Sklaven und forderte, dass jene, die in Regionen ohne Sklaverei geflüchtet waren, zu ihren Sklavenhaltern zurückgebracht werden müssen. 1857 entschied das Oberste Gericht, dass Schwarze keine Rechte haben, die von Weissen respektiert werden müssen und dass sie aufgrund ihrer Minderwertigkeit nicht als Bürger anerkannt werden können. Erst der Bürgerkrieg befreite die Schwarzen 1863 von der Sklaverei. Doch im Süden wurde die Rassentrennung Gesetz. Schwarze durften kein Eigentum besitzen und nicht wählen. Im Norden wurden sie gesellschaftlich diskriminiert und in Ghettos und schlecht bezahlter Arbeit marginalisiert.

Über viele Jahre hatten die Schwarzen versucht, durch Gerichte und Petitionen Gerechtigkeit zu erlangen. Doch solange sie vor allem auf weisse Verbündete in hohen Ämtern hofften, ging es nur langsam voran. Mit der Weigerung von Rosa Parks änderte sich dies. «Als Rosa Parks sitzen blieb, standen die Schwarzen auf», resümierte ein New Yorker Stadtrat.

Zwölf Monate wurden die Busse boykottiert

Die grosse Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in Montgomery boykottierte zwölf Monate lang die Busse – und hatte Erfolg: Im November 1956 erklärte das Oberste Gericht die Rassentrennung im öffentlichen Transport für verfassungswidrig. Das bedeutendste an diesem Sieg war die grosse Einheit, die die Schwarzen im Kampf gegen die Rassentrennung gewonnen hatten. Dr. Martin Luther King wurde durch diesen Kampf zum eloquentesten und unangefochtenen Sprecher und Führer der Bürgerrechtsbewegung.

Massen setzten sich in Bewegung und leisteten zivilen Ungehorsam, um die Rassentrennung in allen öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Universitäten und Bibliotheken, Kaufhäusern und Restaurants aufzuheben. Polizei und faschistischer Pöbel gingen brutal gegen die gewaltlosen Demonstranten vor. Polizeihunde wurden auf sie gehetzt, Schlagstöcke, Tränengas und Wasserwerfer gegen Männer, Frauen und Kinder eingesetzt. Tausende wurden verhaftet, einige entführt und ermordet.

Der US-Regierung wurden die Bilder der rassistischen Polizeibrutalität peinlich. Und die Welt wurde Zeuge der Entschlossenheit, Disziplin und Würde, mit der die Schwarzen gegen alle Hindernisse kämpften, um gleiche Rechte als Bürger der USA zu erlangen. Ihre Bewegung richtete sich gegen die legale Rassentrennung im Süden und sie klagte die Praxis der Rassendiskriminierung im Norden an.

Malcolm X, einem muslimischen Prediger und bekannten schwarzen

Führer in den Ghettos des Nordens, ging die Forderung nach Bürgerrechten nicht weit genug. Für ihn war das grösste Problem, dass die US-Regierung sich weigerte, Schwarze als Menschen zu sehen, und damit die Charta der Vereinten Nationen missachtete. Er wollte das Problem des amerikanischen Rassismus vor die UNO bringen und war sich sicher, dass er die Unterstützung von Entwicklungsländern und sozialistischen Staaten erhalten würde, die für eine menschenwürdige und friedliche Welt eintraten. Er begann, Führer von afrikanischen und arabischen Staaten zu überzeugen, das Problem auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung zu setzen. Die New York Times berichtete im August 1964, dass dies grosse Unruhe im Aussen- und Justizministerium der USA hervorrief: Falls Malcolm X auch nur einen UNO-Botschafter für sein Anliegen gewinnen konnte, würden sich die USA in einer ähnlichen Situation befinden wie Südafrika «oder andere Länder, deren Innenpolitik in der UNO zur Debatte steht». Sechs Monate später, am 21. Februar 1965, wurde Malcolm X ermordet.

Die Bewegung unter Martin Luther Kings Führung entwickelte ein politisches Bewusstsein, das schliesslich über die Probleme der Rassendiskriminierung hinausging. In einer Rede 1966 sagte Dr. King: «Der Reichtum muss besser verteilt werden, und vielleicht brauchen wir in Amerika den demokratischen Sozialismus».

Auch die Zusammenhänge zwischen Rassismus und Armut im eigenen Land und der Verschwendung der Ressourcen im Krieg gegen Vietnam wurden immer deutlicher. Genau ein Jahr bevor Dr. King ermordet wurde, verurteilte er in einer Rede am 4. April 1967 den Krieg und erklärte: «Vor einigen Jahren gab es einen glanzvollen Augenblick in unserem Kampf. Es sah so aus, als ob mit dem «Programm gegen die Armut» Schwarzen und Weissen neue Hoffnung gegeben wurde. (...) Dann wurde der Krieg gegen Vietnam intensiviert, und ich sah, wie das Programm zur Bedeutungslosigkeit verkam, als ob es nur das politische Spielzeug einer durch den Krieg verrückt gewordenen Gesellschaft sei. Und da wusste ich, dass Amerika niemals die notwendigen Mittel und Kräfte aufbringen würde, um die Armut zu beseitigen, solange Abenteuer, wie das vietnamesische, Menschen, Begabungen und Geld verschlingen. So wurde ich immer mehr gezwungen, den Krieg als den Feind der Armen anzusehen und diesen Feind zu bekämpfen.»



Rosa Parks bei ihrer Verhaftung 1956 (ap).



Der Bus, der mit Rosa Parks Geschichte machte, steht heute im Henry Ford Museum in Dearborn, Michigan.

Martin, Rosa – und Katrina
Fast vier Jahrzehnte später sind diese Worte immer noch aktuell. Der Hurrikan Katrina konfrontierte das selbstgefällige Amerika mit dem Zusammenhang von Rassismus, Armut und Krieg. Katrina hat die Widersprüche und die Heuchelei des reichen mächtigen Amerika deutlich gemacht, die viele nicht mehr wahrnehmen wollten. Vierzig Jahre nach der gesetzlichen Aufhebung der Rassentrennung werden Afroamerikaner durch Armut und Diskriminierung ausgeschlossen, so wie früher durch die Gesetze der Rassentrennung. Und die Welt konnte zusehen, mit welcher rabiater Selbstverständlichkeit Hilfe verweigert und verzögert wurde, nur weil die Notleidenden schwarz und arm waren.

Katrina hat das Thema Rassismus wieder auf die innenpolitische Tagesordnung gesetzt. Und mit dem Tod von Rosa Parks am 24. Oktober 2005 wurde die Geschichte des Kampfes gegen den Rassismus plötzlich wieder lebendig. Beide Ereignisse haben eine heftige Debatte unter den Afroamerikanern ausgelöst, die sich die Frage stellen: Wie weit sind wir wirklich gekommen? Warum ignorieren die schwarze Mittelklasse und jene, die es bis in die höchsten Ämter des Landes geschafft haben, die Realitäten einer immer noch zutiefst rassistischen Gesellschaft?

Obwohl die gesetzliche Rassentrennung abgeschafft wurde, ist die Ungleichheit geblieben, hat sich in den letzten Jahren sogar wieder vergrössert. Heute lebt ein Viertel der Afroamerikaner unter der Armutsgrenze. Die Armut unter schwarzen Amerikanern ist fast dreimal und die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie unter Weissen. Immer weniger schaffen es, dem fatalen Kreislauf von Arbeitslosigkeit oder schlecht bezahlter Arbeit, ungenügender Gesundheitsfürsorge, vernachlässigten Wohngebieten und Schulen, Drogen und Gefängnis zu entkommen.

Rosa und Katrina haben nicht nur eine neue Diskussion über den Zustand des Landes ausgelöst, sie haben auch den Protest verstärkt. Der «Rosa Parks Jahrestag» wurde in diesem Jahr zum «nationalen Streiktag gegen Armut, Rassismus und Krieg» erklärt.

Mit freundlicher Genehmigung aus «Neues Deutschland». Der 1946 in Washington D.C. geborene Autor engagierte sich in der US-Bürgerrechtsbewegung und bei der Black Panther Party. 1972 musste er wegen rassistischer Verfolgung aus den USA fliehen. Zusammen mit seiner Ehefrau Doris schrieb er 1982 das Pahl-Rugenstein-Buch «Ghettos und Gefängnisse – Rassismus und Menschenrechte in den USA»